

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer 27

Juni / Juli 2005

Celle und der 60. Jahrestag
des Kriegsendes

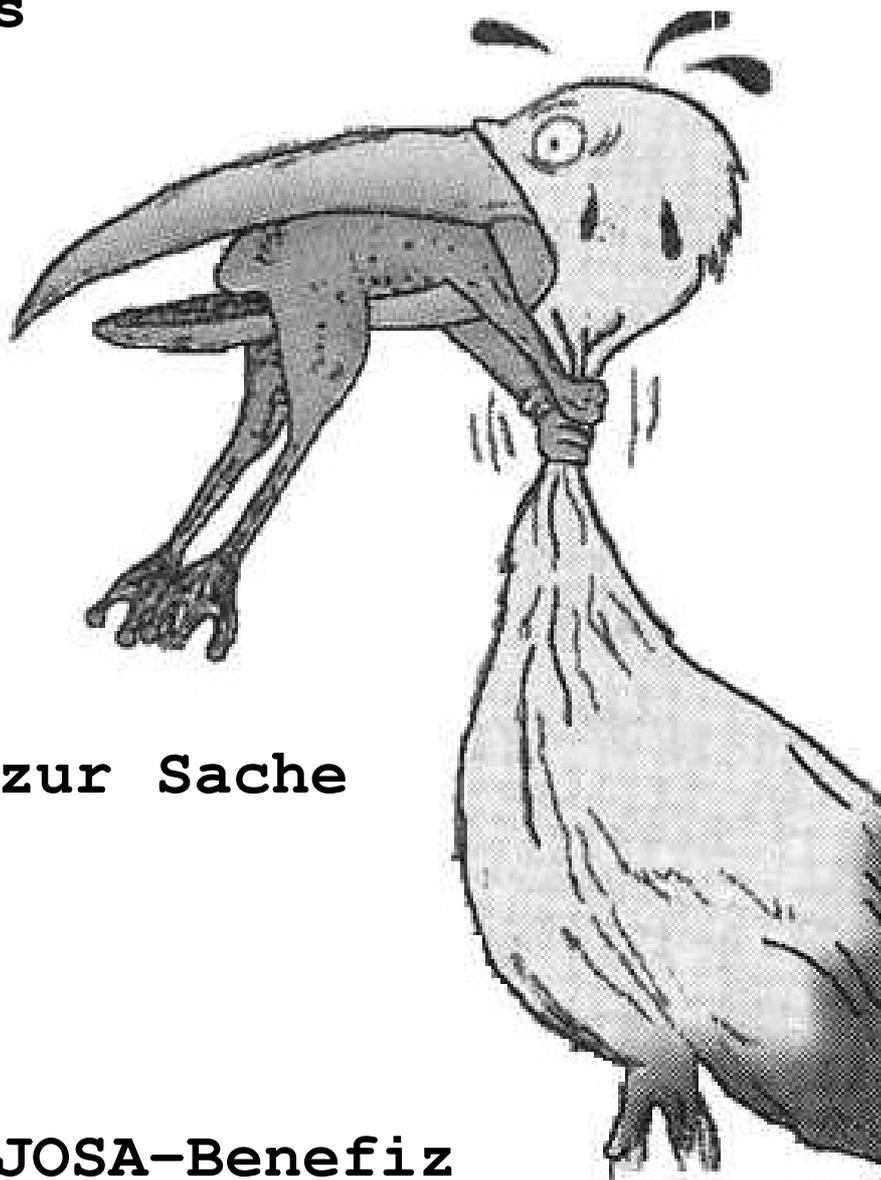
Republikaner
in Celle

Rechtsrock
Konzert in
Bröckel

Hartz IV -
Jetzt geht's zur Sache

Literatur:
Der Judaslohn

Interview mit JOSA-Benefiz



Inhalt

Celle und der 60. Jahrestag des Kriegsendes.	Seite 03
Jüdisches Leben in Celle nach 1945	Seite 04
Republikaner in Celle	Seite 06
Kampfbund deutscher Sozialisten in Celle ?	Seite 08
Rechtsrock Konzert in Bröckel	Seite 09
Heydecke und der Revisionsismus	Seite 10
Rechte Unterschriften	Seite 10
Lokales - Meldungen	Seite 11
Hartz IV	
Jetzt geht's zur Sache	Seite 14
Tatort Arbeitsamt	Seite 15
Eine Abrechnung	Seite 16
Ratgeber gegen die Tücken des SGB II	Seite 17
Kosten der Unterkunft	Seite 18
Literatur:	
Der Judaslohn	Seite 20
Interview mit JOSA-Benefiz	Seite 21
Termine im Kino 8 ¹ / ₂	Seite 22
Gute zeiten, schlechte Zeiten	Seite 23
Termine	Seite 23

Impressum:
Revista, Nr.27
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!
<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Hallo liebe LeserInnen,

endlich ist die Zeit des ungeduldigen Wartens vorbei, hier ist sie nun die neue Revista.



Immer noch gratis, trotz oder gerade wegen Hartz IV. Falls aber jemand doch noch ein paar Cent über hat: Wir freuen uns immer über Spenden, denn finanziell stehen wir nach wie vor auf wackligen Beinen. Eigentlich ist es schon ein kleines Wunder, das wir immer wieder das Geld für den Druck zusammengekratzt haben. Also....

So, dann bis zur nächsten Ausgabe, wahrscheinlich im August.

Korrektur:

Die Älteren der BewohnerInnen des noch frischen 21. Jahrhunderts kommen manchmal noch durcheinander. In der Rezension von Oskar Ansull's >ZweiGeist< wurden Essays von Klemperer und Mauthner auf den Anfang des 19. Jahrhunderts datiert, wo es sich für mitdenkende LeserInnen erkennbar ums zwanzigste handeln musste.

Kritik:

Eine uns angetragene Kritik, wonach einige - wenn auch wenige - der >Meldungen< einen rein faktenhuberischen, sprich: >positivistischen< Zug hätten, nehmen wir uns zu Herzen. Wo nicht offen, soll künftig wenigstens zwischen den Zeilen deutlich werden, was wir kritisieren

Liebling der Ausgabe:

1. **Martin Biermann**
Gedenkredner; ehrt die Opfer, lobt einen Täter.
2. **Gerhard Höhl**
Umzugshelfer; will städtische Langzeiterwerbslose aufs Land abschieben.
3. **Klaus Wiswe**
Deutscher; ist stolz, dass ein Deutscher Papst ist.
4. **Peter Struck**
Kriegsminister; fühlt sich als Friedensminister, der Deutschland vertritt.
5. **Amei Wiegel**
Quotenfrau; will Ausländerkinderanteil in Schulklassen begrenzen.

Geranien und Gedenken



Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt nimmt der Umfang des Gedenkens an das Kriegsende zu. In Celle begann ein vierwöchiger Gedenkmарathon bereits am 8. April, dem Jahrestag des Bombenangriffs auf den Güterbahnhof und dem sich anschließenden Massaker an KZ-Häftlingen, und endete mit Veranstaltungen zum Kriegsende. Obwohl oder vielleicht gerade weil kontroverse Diskussionen weitgehend ausblieben, lohnt ein Blick auf die Formen lokaler Geschichtspolitik.

Bereits am 4. April stellte die RWLE Möller Stiftung den ersten Band der "Celler Hefte" vor, der sich mit der so genannten "Hasenjagd" beschäftigt und dabei im Kern die lokale Erinnerungspolitik kritisch diskutiert (siehe unsere Rezension in der letzten Ausgabe). Leider trat bei der Veranstaltung eher in den Hintergrund, was das Heft interessant macht: Die Frage, wie eine städtische Öffentlichkeit sich mit dem Verbrechen ihrer Großvätergeneration befasst oder eben auch nicht befasst, denn es bleiben in Celle Verbrechen ohne Verbrecher - die Auseinandersetzung mit den Tätern und ihren Motiven unterbleibt.

Für eine Stadt wie Celle hat die Lokalpresse ein enormes Gewicht für die öffentliche Wahrnehmung. Die Cellesche Zeitung berichtete zum 60. Jahrestag mit einer am lokalen Geschehen ausgerichteten Artikelserie, die voll auf der Haupttendenz Linie des diesjährigen Erinnerns lag, nämlich überall nur Opfer zu sehen. Michael Ende berichtete über den 8. April 1945 gestützt vor allem auf Zeitzeugenaussagen von CellerInnen, wobei die Schrecken des Bombenangriffs gegenüber dem Massaker an den KZ-Häftlingen in den Vordergrund traten. So ist dann nicht erstaunlich, dass die Kapitelüberschrift über diesen 6. Teil der Serie "Kriegsende vor 60 Jahren" lautete: "Angriff auf Celle", und es in der Artikelüberschrift hieß: "Fast 3000 Tote nach Luftangriff und Massaker".

Oberbürgermeister Biermann nahm diese Sicht auf, als er in der offiziellen Gedenkveranstaltung am Mahnmal in den Triftanlagen davon sprach, dass der Tod "nicht selektiere" (er meinte wahrscheinlich: "unterscheide") - und so verwies er in seiner Rede auch auf die etwa 800 Celler, die in den Stadtteilen Neuenhäusern und Neustadt in ihren zerbombten Häusern den Tod gefunden hätten. Er verband dies mit einer "eingemeindenden" Fehldeutung. Das Mahnmal in den Triftanlagen sei, so Biermann, allen unschuldigen Opfern des Bombenangriffs vom 8. April und den Toten des mörderischen Treibens der darauffolgenden Stunden gewidmet. Nein, de facto weder von der Wettbewerbsausschreibung noch vom Text her: Nein.

Geschichtspolitisch katastrophal wurde es aber erst vier Tage später im Rathaus bei einer Erinnerungsveranstaltung an

den 60. Jahrestag der Befreiung der Stadt durch die Alliierten. Biermann würdigte dabei die Rolle des seinerzeitigen Standortältesten, Generalmajor Paul Tzschöckell, als die eines mutig handelnden Mannes, der die Verteidigungslinie so weit von Celle weggelegt habe, dass die Stadt nicht unter Beschuss geraten sei. Tzschöckell ist aber ohne jeden Zweifel einer der Verantwortlichen für das Massaker an den geflüchteten KZ-Häftlingen. Im Mai 1950 berichtete er in der 'Hannoverschen Presse' unbefangen über seine Befehlsgewalt in der - wie er es nannte - "KZ-Angelegenheit". Und Bertram schrieb in der Ende der 1980er von der Stadt in Auftrag gegebenen Untersuchung: "... erfuhr, wie er sich einige Jahre nach den Ereignissen erinnerte, auch Generalmajor Tzschöckell ..., daß ein Transport mit den Insassen eines verlegten Zuchthauses getroffen sei und daß die Überlebenden sich mit den Waffen der gefallenen oder geflohenen Wachmannschaft ausgerüstet hätten und in der Neustadt plünderten und Gewalttaten verübten. Deshalb sei ein Einschreiten zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit dringend notwendig. Dergestalt alarmiert, gab der General einem Hauptmann den Befehl, mit einer aus Versprengten und SS-Leuten gebildeten Kompanie für Ruhe und Ordnung zu sorgen." Eine wahrnehmbare Aufregung gab's nicht - und so wäre es denn auch falsch, von einem geschichtspolitischen Skandal zu sprechen.

Auf kleiner Flamme skandalisiert wurde dagegen, was Provokation sein sollte: In der Nacht vor der Gedenkveranstaltung in den Triftanlagen wurde das Kriegerdenkmal am Ostende des Parks von Unbekannten mit gelber, roter und blauer Farbe "verziert" und mit der Aufschrift versehen: "Gestorben fürs Geld". Als "Ehrenmal" für die Reserve-Infanteristen des Ersten Weltkriegs war es 1930 eingeweiht worden. Seit 1954 enthielt das Denkmal auch eine Gedenkplatte für die gefallenen Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkriegs. 75 Jahre lang konnte man auf dem Kopfband des runden Objekts lesen: "Den Toten zum Gedächtnis, den Lebenden zur Erinnerung, den kommenden Generationen zur Nacheiferung." Anfang April war ein Steinmetzrestaurator damit beauftragt worden, eine Änderung der Inschrift vorzunehmen, weil diese nicht



mehr "zeitgemäß" sei: "Nacheiferung" soll durch "Mahnung" ersetzt werden. Ein bisschen Weichspüler macht selbstverständlich aber aus einem militaristischen Objekt kein Symbol des Friedens, sondern verweist nur auf die Unverfrorenheit jener, die heute mit Friedensfloskeln Kriege führen. Insoweit hatte die Nachtschicht der "Malerkolonne" einen unübersehbar aufklärenden Impuls.

Recht ambitioniert war ein Projekt der Celler Stadtkantorei. Mit Bezugnahme auf die Befreiung des KZ Bergen-Belsen am 15. April 1945 hatte sie sich mit dem französischen Chor und Orchester Gradus ad Musicam aus Nancy zu einem außergewöhnlichen Konzertprojekt zusammengesetzt: Zur Aufführung gebracht wurde das Oratorium "Le Chant des Rouleaux" des französischen Komponisten Pierre Cholley. Die gesungenen und gesprochenen Texte beruhen auf Aufzeichnungen, die Häftlinge in verschiedenen Konzentrationslagern auf Zettel geschrieben und für die Nachwelt vergraben hatten. Diese zu Röllchen (franz. Rouleaux) gedrehten Zettel gaben dem Oratorium seinen Namen.

Über die Ausstellung "Jüdisches Leben in Celle nach 1945" wird an anderer Stelle in diesem Heft berichtet. Hier sei nur kurz angefügt, dass die Ausstellung sich in den gewissermaßen nationalen Konsens einbettet, den Konflikten, die mit dem Neuanfang einhergingen, der Konfrontation von Tätern

und Opfern, ausweicht.

Zum Jahrestag des Kriegsendes selbst organisierte der Celler Kirchenkreis schließlich eine achtstündige Lesung aus Walter Kempowskis Kriegstagebuch "Echolot - Abgesang '45". Die Collage aus Tagebüchern und Briefen von Mitläufern, Tätern, Unschuldigen, Prominenten und Unbekannten lässt - so die Pressemitteilung der Veranstalter - "den Krieg als das erscheinen (...), was er vor allem war: Menschenleiden." War er das vor allem? Zumindest fügt sich hier problemlos ein populäres Geschichtsbild ein - jenes von der Geschichte des "deutschen Leidens" im Zweiten Weltkrieg.

Ein bisschen skurril war schließlich noch die Debatte darüber, ob es "angemessen" wäre, dass die Stadtverwaltung parallel zu den Gedenkveranstaltungen am 60. Jahrestag, einen verkaufsoffenen Sonntag zulasse. Auf der Mai-Veranstaltung des DGB nannte Niedersachsens IGM-Chef Meine das "instinktos". Und in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai wurden in der Innenstadt etwa 50 Plakate mit dem Text "60 Jahre Kriegsende und Celle kauft ein" und "Kein Vergeben kein Vergessen" mit dem Logo der antifaschistischen Aktion verklebt. Die CDU hatte zu Beginn der Debatte erklärt, der 8. Mai stehe für die "Befreiung von unmenschlicher Gewaltherrschaft" und das sei doch ein Anlass zur Freude, dem ein Geranienmarkt nicht widerspreche. Geranien zum Gedenken - das passt.

Eine Ausstellung in der Synagoge

Jüdisches Leben in Celle nach 1945

Zeitweise hielten sich in Celle in den ersten Nachkriegsjahren 2800 in Bergen-Belsen befreite Jüdinnen und Juden auf. Sie waren untergebracht in Lagern, insbesondere Kasernen und dem Landgestüt, die so genannten Displaced Persons (DP). Meldelisten der Stadt weisen aus, dass insgesamt 865 von ihnen auch in Privatquartieren, also zusammen mit Einheimischen und den Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, unter einem Dach lebten. Über ihre Lebenssituation, ihren sozialen, kulturellen und religiösen Alltag informiert noch bis zum Jahresende eine Ausstellung in der Celler Synagoge.

Celle dürfte in den Jahren 1945 bis 1949/50 zu den deutschen Städten mit dem höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung gehört haben. Bereits Anfang Mai 1945 hatten die Briten nach der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen rund 1000 polnische Jüdinnen und Juden in die Celler Heidekaserne verlegt. Andere Gruppen folgten, zum Teil auf Anweisung der Briten, zum Teil auf eigene Faust. Doch von vornherein bestimmte ein Wunsch das Leben der DPs: Weg aus Deutschland. Das hieß aber in den seltensten Fällen zurück in die ehemaligen Heimatländer, das Ziel war für die



meisten die Emigration nach Palästina oder die USA. Zur Ausstellungseröffnung hat der Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen, Thomas Rahe, was sich in Celle entwickelte, treffend als "Transitgemeinde" charakterisiert.

Die Ausstellung vermittelt mit etlichen bisher noch nie

gezeigten Fotos und Dokumenten die verschiedenen Facetten des Alltags der jüdischen DPs in Celle. Dazu gehörten die Wiederinbetriebnahme der Synagoge und des jüdischen Friedhofs, die Eröffnung koscherer Gasthäuser und jüdischer Geschäfte, die politische und kulturelle Arbeit, wie sie sich in der Gründung z.B. der Zeitschrift "Unzer Szytme" widerspiegelt. Neben einem Überblick über die Institutionen erinnern verschiedene biografische Tafeln z.B. an die Mitbegründer der DP-Zeitschrift, Rafael Olewski, Paul Pinchas Trepman und David Rosenthal, an den Rabbiner Israel-Moshe Olewski, sowie an einige Kaufleute, die in Celle Geschäfte eröffneten, aber auch aus Celle stammende Rückkehrer.

Äußerst zurückhaltend gibt sich die Ausstellung hinsichtlich der Konflikte, die die Überlebenden der Shoa mit der ja in einem hohen Anteil antisemitisch eingestellten einheimischen Täterbevölkerung hatten. Zwar werden die gescheiterten Bemühungen von Verfolgtenorganisationen um die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Bombenangriffs und des sich anschließende Massakers an KZ-Häftlingen skizziert. Es ist jedoch nicht mal die halbe Wahrheit, wenn es dann auf einer Ausstellungstafel heißt, dass ein Denkmalentwurf "aus Geldmangel nicht zur Ausführung" kam. Es fehlte nicht das Geld, sondern es fehlte der politische Wille der Celler Verantwortlichen, das sicher knappe Geld für eben diesen

Zweck einzusetzen. Auch finden die kleinen und größeren Artikel aus "Unzer Szytme" keine Erwähnung, die Konflikte benennen.

Das mag zum Teil daran liegen, dass es neben den Artikeln keine weiteren Quellen zu geben scheint. Wichtiger aber dürfte die "Versöhnungsperspektive" sein, die insgesamt die deutsche Erinnerungspolitik der letzten Jahrzehnte auszeichnet und auch diese Ausstellung dominiert. Zwei Video-Interviews mit Celler Zeitzeuginnen, die in den Ausstellungsräumen angesehen werden können, vertiefen diesen Eindruck. So bleibt völlig rätselhaft, wie diese Deutschen sich am - fast verwirklichten - Plan zur Vernichtung der europäischen Juden beteiligen konnten. Zur Ausstellung soll es im Laufe des Jahres noch eine Begleitveröffentlichung geben, für die zu hoffen wäre, dass dort auch das wichtige Moment des "Lebens unter den Tätern" nicht ausgeblendet wird.

Die Ausstellung kann während der Öffnungszeiten der Synagoge: Dienstag bis Donnerstag von 15 - 17 Uhr, Freitag von 9 - 11 Uhr und Sonntag von 11 bis 15 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist kostenlos; die Ausstellungstexte (mit einigen der Fotos) können dort für 3 Euro erworben werden.

Ein Blick nach Übersee

Südamerika ist in politischer Hinsicht ein bunter Kontinent; -in Venezuela kämpft der nicht unumstrittene Hugo Chavez gegen die Einflussnahme der US und der Ölfirmen; in Montevideo sitzen ehemalige Tupamaros für die frente amplio im Parlament; in Ekuador ist seit drei Jahren der (nanu!) US-Dollar Landeswährung; in Buenos Aires ist nächst der jüdischen Gemeinde die armenische die größte MigrantInnengruppe; Brasiliens Präsident Lula gelingt das Kunststück, sowohl nach Davos als auch auf den Gegengipfel nach Porto Allegre eingeladen zu werden; die Anzahl evangelikaler Abgeordneter verdoppelt sich hier innerhalb weniger Jahre, und in den Favelas von Rio -im Lande der Telenovelas - gibt es mehr Fernsehantennen als Wasseranschlüsse.

Und dort ist - wie hierzulande- der Bekleidungskonzern C&A vertreten: "In Deutschland machen Hakenkreuzschmierereien von Neonazis immer mal wieder Schlagzeilen, erregen die Öffentlichkeit - auch die brasilianischen Medien kommentieren ausführlich. Doch in dem sehr konservativ geprägten Tropenland, das im zweiten Weltkrieg die letzten beiden Jahre auf der Seite der Alliierten gegen die Wehrmacht kämpfte, dominiert dagegen eine schockierende Indifferenz gegenüber Nazisymbolen, die man im Alltag geradezu häufig antrifft. Für Juden, die Auschwitz überlebten, ist es eine ungeheure Provokation, dass überall in den Modegeschäften, selbst bei C & A, schwarze Kleiderständer im Hakenkreuz-Design stehen. Praktischerweise nennt man diese auch gleich Suastica, Hakenkreuz - so werden sie in den Katalogen der entsprechenden Fabriken angeboten, und kosten umgerechnet pro Stück etwa 28 Euro.

Befragte Durchschnittsbrasilianer wissen durchaus um die symbolische, historische Bedeutung des Hakenkreuzes, wissen von Hitler, der Judenvernichtung - aber Hakenkreuz-Kleiderständer - warum denn nicht, was soll denn da schon dabei sein?" In deutschen Geschäften wären diese "Suasticas" natürlich ein Skandal, oder?

GEPUNKT

Quelle: Ostblog/K.Hart , dradiokultur "A. d. jüdischen Welt"



Nach sechzehn Jahren nun vor dem Aus.

Republikaner in Celle

1989 gründete sich in Celle der Kreisverband der Republikaner, erster Kreisvorsitzender wurde Wilhelm Köhler. Nach einigen innerparteilichen Turbulenzen am Anfang etablierte sich der Celler Kreisverband relativ schnell und wurde zum Musterverband in Niedersachsen. Die Wahlergebnisse lagen regelmäßig über dem Landesdurchschnitt und es gelang mehrfach der Einzug in den Kreistag und in einige Ortsräte. Doch jetzt scheint das Ende der Republikaner in Celle besiegelt zu sein.

Vorausgegangen ist eine quasi öffentliche Schlammschlacht, die zum Teil völlig irrational und persönlich geführt wurde. Hauptakteur des im "Patriotischen Forum" geführten Disputes war nicht zuletzt der Winsener Republikaner Peter Sammrey. Der Justizvollzugsbeamte zog 1996 für die REPs in den Winsener Gemeinderat und hatte noch diverse andere Parteiämter inne. Im September 1997 allerdings verließ er die Partei wegen "ständiger innerparteilichen Querelen" und aus scheinbarer Angst ins Visier des Verfassungsschutzes zu geraten. Lange blieb er aber nicht tatenlos und so wurde er am 19.06.1998 zum kommissarischen Geschäftsführer des neu gegründeten Kreisverbandes der Deutschen Partei gewählt. Später übernahm er mit seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender und Bundesschatzmeister auch höhere Aufgaben. Aber auch hier dauerte es nicht all zu lange und es gab wieder mächtig Streit. In einem Schreiben im April 2001 bezeichnete er den DP-Landesvorstand als "Mafia", die einen Landesparteitag "hinters Licht geführt, betrogen und belogen" hat. Auch damals sorgte er dafür, dass dies alles öffentlich zugänglich war, seinerzeit auf der Homepage des KV Celle der Deutschen Partei. Um was es letztlich ging, blieb dem Außenstehenden verschlossen, jedenfalls wurde Sammrey nach eigener Aussage nicht in den Landesvorstand aufgenommen, weil einige Landesvorstandsmitglieder erklärt hätten, "dass sie nicht mit dem Parteifreund Sammrey zusammenarbeiten könnten". Außerdem wurde Sammrey zur Last gelegt, dass er für den Austritt des damaligen Verdener DP-Kreisvorsitzenden verantwortlich sei. Was folgte sind gegenseitige vielschichtige Vorwürfe bezüglich politische Inaktivität, unregelmäßige Geldgeschäfte, Satzungsdebatten etc.... Irgendwann muß er dieser Partei dann den Rücken gekehrt haben und ist erneut bei den Republikaner eingetreten.

Seit dem 12.09.2004 schreibt er unter dem Namen "JV300" im

"Patriotischen Forum" und konnte es von Anfang an nicht lassen, die Deutsche Partei bei jeder Gelegenheit anzuprangern: "Wenn eine Partei verbrannt ist, dann die DP! Verbrannter geht es gar nicht mehr. (...) Sie verkriechen sich immer noch wie in der Vergangenheit in dunklen Ecken und kochen ihr Süppchen, ohne dass es ihnen selbst schmeckt. Von konstruktiver Partearbeit sind sie so weit entfernt, wie das Wildschwein vom Ballett." Zwar behauptet er, dass er es "einfach nicht mag, immer wieder alte Kamellen aufzuwärmen" aber gegen ordentliches Nachkartern dürfte ja wohl keiner was haben und Mitdiskutanten werden schon mal als "Dummschwätzer" bezeichnet.

Aber auch die scheinbar konstruktive Seite des Herrn Sammrey kommt in dem "Patriotischen Forum" zum Ausdruck, so führt er das Diskussionsbrett "Kreisverband Celle" ein, in dem er regelmäßig Neuigkeiten von den Celler REPs bekannt gab, zum Beispiel Berichte von Veranstaltungen, Anträge und Reden im Kreistag u.ä.

Auch eine "Homepage des KV Celle" sollte erstellt und "ständig aktualisiert" werden. Im September wurde er zum Schriftführer gewählt und träumte davon, 2006 "den Gemeinderat Winsen wieder mit einer Fraktion von drei Republikanern zu verstärken. Eine Fraktion von zwei Reps hatten wir bereits geschafft, drei werden es ab 2006 sein!"

Um das zu realisieren, fordert Sammrey bereits im September 2004: "Wie können die nächsten Wahlen für die rechten Parteien zum Erfolg werden? Es ist ganz einfach und ebenso wünschenswert: Nämlich durch Absprachen!" Damit sollte verhindert werden, dass rechte Parteien sich bei Wahlen gegenseitig Konkurrenz machen.

Diesem Ansinnen folgte auch der niedersächsische Landesverband der Republikaner und gab am 16.02.2005 eine Pressemitteilung heraus, in der dieser feststellt: "Laut beste-

henden, internen Parteibeschlüssen, ist uns eine direkte Zusammenarbeit mit der NPD nicht gestattet.

Diese Mehrheitsbeschlüsse werden von uns akzeptiert und respektiert. (...) Gleichzeitig werden wir uns mit Vertretern der genannten Parteien und Bündnisse zusammensetzen, um gewisse Wahlabsprachen zu treffen, damit verhindert werden kann, dass wir in allen Wahlkreisen gegeneinander antreten, wovon keine der Parteien profitieren würde. (...). Zu diesen Maßnahmen haben wir uns entschlossen, weil wir darin die noch einzig verbleibende Alternative sehen, den



Forderungen unserer Basis gerecht zu werden, die Mitglieder zu motivieren und der Spaltung, bzw. Auflösung des LV-Niedersachsen Einhalt zu gebieten."

Aber diese geplante Absprache ging dem Bundesvorstand der Partei schon zu weit und dieser kündigte Ordnungsmaßnahmen gegenüber dem niedersächsischen Landesvorstand u.a.

auch gegen Wilhelm Köhler an. Damit machte sich der Bundesvorstand in Niedersachsen nur wenig Freunde und es folgten über achtzig Parteiaustritte, fast ein Drittel der niedersächsischen Mitglieder. Dreizeig Parteiaustritte hat allein der Kreisverband Celle zu verzeichnen und kann somit faktisch als aufgelöst angesehen werden. Auch das ehemalige Gründungsmitglied und kommunaler Mandatsträger Wilhelm Köhler schmiss die Brocken hin und verließ die Partei. Sammrey wollte jetzt aber von seiner ursprünglichen Forderung nichts mehr wissen, setzte sich an die Spitze des verbliebenen traurigen REP-Rests und verkündete über die Cellesche Zeitung am 17.03.2005 Durchhalteparolen: "Bis zu den Vorstandswahlen werde ich den Kreisverband führen, und zwar so, dass wir bei den Kommunalwahlen 2006 wieder zumindestens im Gemeinderat Winsen und im Ortsrat Meißendorf vertreten sind (...) Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in Kürze wieder einen funktionierenden Kreisvorstand auf die Beine stellen."

Viel schöner ist aber sein öffentlicher, pseudo-gutgemeinter Ratschlag an Köhler, dieser möge sich als Beamter nicht mit Mitgliedern der NPD oder DVU einlassen.

Schuld an der ganzen REP-Misere ist laut Sammrey auf einmal die Presseerklärung des nds. Landesvorstandes und anschließend vergeht er sich in Verschwörungstheorien. "Die Wirkung auf diese sinnlose Pressemitteilung (...), war, dass der BV Sanktionen beschloss, die dann wiederum gerne angenommen wurden, um seine damaligen Ziele, nämlich die Leiquidierung des LV Nds. und den dazu gehörigen unteren Ebenen nun einzuleiten, damit die NPD und die DVU ihren

Republikaner-Mandate im Landkreis Celle

Kommunalwahl 1991	Kommunalwahl 1996	Kommunalwahl 2001
2 Sitze im Kreistag	3 Sitze im Kreistag	1 Sitz im Kreistag
2 Sitze im Celler Stadtrat	2 Sitze im Celler Stadtrat	1 Sitze im Celler Stadtrat
1 Sitz in Winsen	1 Sitz in Bergen	1 Sitz in Winsen
	1 Sitz in Hambühren	1 Sitz in Meißendorf
	2 Sitze in Winsen	
	1 Sitz in Meißendorf	

Einmarsch in Niedersachsen einleiten konnten."

Um seinen ruinierten Kreisverband noch zu retten, täuschte er mit zwei eilig zusammengeschriebenen Presseerklärungen am 21.03.2005 noch mal Aktivitäten vor. Aber das wars denn auch, elf Tage später erklärt er seinen erneuten Austritt aus der Partei. Komisch, dass er erst jetzt merkt, dass es auch bei den REPs mit den Geldangelegenheit nicht so gut läuft und das s ihm erst nach den ganzen Querellen die Erkenntnis kommt, dass sich die Partei "mittlerweile links von der CDU eingereiht" hat.

Aber der kluge Mann baut vor, denn sowohl bei den REPs als auch bei der Deutschen Partei hat er es nie versäumt, immer die lokalen Personen bei den Streitigkeiten in Schutz zu nehmen und die Miesepeter waren immer die auswärtigen Landesvorständler. Wollen wir hoffen, dass die Celler Rechte ihm das hoch anrechnet und ihn bald in eine andere Gruppierung aufnimmt, denn wer solche Freunde hat....

Wilhelm Köhler und seine Getreuen träumen nun von einem "patriotischen Bündnis", einer überparteiliche n Wählergemeinschaft, die zur Kommunalwahl 2006 antreten will. Derzeit gibt es einen monatlichen "Stammtisch" und nach den Sommerferien soll die Gründungsversammlung erfolgen. Mitmachen kann jeder "vernünftige und ordenliche Patriot", auch wenn "diese bisher der CDU, SPD oder FDP angehörten" und natürlich können auch Mitglieder "der REP, DVU und NPD" auf den Listen des Bündnisses kandidieren.

DK

Totschläger aus Eschede wieder vor Gericht

Verden - Die Staatsanwaltschaft Verden hat gegen den 23-jährigen Neonazi Marco Siedbürger aus Niedernwörden vor dem Schöffengericht in Stolzenau am 10. Mai Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung erhoben.

Dem Mitglied der - Eigenangaben zufolge aufgelösten - "Kameradschaft Weserbergland" wird ein brutaler Überfall auf einen 15-jährigen türkischen Schüler vorgeworfen. Beteiligt an dem Überfall soll auch ein weiteres Kameradschaftsmitglied, Arwid S., gewesen sein. Siedbürger befand sich nur knapp einen Monat auf freiem Fuß, er verbüßte eine fünfjährige Freiheitsstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Als junger Skinhead in Eschede hatte er 1999

mit einem Kameraden den 44-jährigen Peter Deutschmann so schwer verletzt, dass das Opfer einen Tag später qualvoll erstickte. Die beiden jungen Männer kannten Deutschmann, in der Vergangenheit hatte es mehrfach Streit gegeben, da er den Neonazis deren Ausländerfeindlichkeit vorwarf. Um dem Arbeitslosen einen Denkkettel zu verpassen, überfielen sie ihn im August 1999 in seiner Wohnung. Sie traten mit ihren schweren Springerstiefeln auf ihr Opfer ein. "Das Blut war bis zu 1,80 Meter Höhe an die Wände gespritzt", berichtete vor Gericht ein Polizeibeamter. (ar)

<http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/wiederholungstaeter/>

Celler Neonazi spricht auf Demonstration

Kampfbund deutscher Sozialisten in Celle ?



Im November letzten Jahres tauchten in Celle Aufkleber des "Kampfbund deutscher Sozialisten" in Celle mit der Aufschrift "Celle bleibt Deutsch" auf.

Diese Aufkleber kann man sich über das Internet beim KDS mit dem Aufdruck seiner Stadt bestellen und so war erstmal nicht zu vermuten, dass sich hier eine Ortsgruppe des KDS organisiert. Doch zu einer rechtsextremistischen Demonstration am 16.04.2005 in Essen unter dem Motto "Keine Waffen für Israel!" rief neben "Autonomen Nationalisten", einigen rechten Kameradschaften, der Duisburger Ortsgruppe der Jungen Nationaldemokraten auch der "KDS - Celle" auf. Auf der Demo durfte dann der Celler Daniel Greve neben bundesweit bekannten Nazigrößen wie Christian Worch oder Axel Reitz seine "Jungferrede" auf einer Demonstration halten.



Daniel Greve als Redner bei einer Demonstration in Essen am 16.04.2005

Greve schreibt unter den Namen "Kampfbund" im Internetforum "Das Reich" und betreut dort als Moderator das Diskussionsbrett des KDS. Nach eigenen Aussagen wurde er in Braunschweig geboren, ist im Weserbergland aufgewachsen und wohnt nun hier in Celle. Außerdem gibt er an bereits verheiratet zu sein.

In dem Forum nimmt er den Mund ganz schön voll und so schreibt er im Zusammenhang mit der Auflösung der rechtsextremistischen NPD-Demonstration am 08. Mai 2005 in Berlin: "Das Recht auf Durchsetzung der Versammlungsfreiheit hätte auf jeden Fall auf die eine oder andere Art durchgesetzt werden müssen. Es waren über 3000 Aktivisten da, die sicher zu einem Großteil nur allzu bereit waren, zu marschieren. (...) Es waren ja wohl sehr viele Kameradinnen und Kameraden in Berlin, zumindest so viele, das man dass einfach hätte durchdrücken müssen."

Große Srüche macht er auch zu der rechtsextremistischen Demonstration in Leipzig am 1. Mai: "Auch wenn Leipzig immer wieder ein schwieriges Pflaster ist... Davon werden wir uns nicht abschrecken lassen! So, wie einst die SA durch die Kommunistenviertel in Braunschweig (speziell die Kaiserstraße) schwadronierten!"

Nur zu Juden möchte er sich öffentlich lieber nicht äußern: "Natürlich mischen Zionistische Organisationen ganz oben mit! Nicht nur hier sondern überall in der "Kapitalistischen Welt". Nur, darüber diskutiere ich hier nicht aus genannten strafrechtlichen Gründen."

Seine Beiträge unterzeichnet er mit "volkssozialistischen Kampfesgrüßen" und sieht sich als einen Vertreter der sogenannten "Querfront".

Auch der KDS läßt sich so klassifizieren. Die häufig vorgenommene Etikettierung 'rechts' oder 'links' lehnt der KDS zwar nach Außen hin immer wieder ab, doch ihre Veröffentlichungen wie auch ihre Aktionen lassen nur den Schluß zu, daß der Kampfbund eine rechts neben der NPD stehende Organsiation ist, die sich offen auf den Nationalsozialismus bezieht und versucht, KommunistInnen und SozialistInnen mit der nationalen Karte anzusprechen und in ihr Projekt einzubinden. In einer Broschüre des KDS heißt es: "Die Trennlinie läuft heute zwischen den Kräften der Revolution und jenen der Reaktion ... ein deutscher Sozialist kann heute ebenso in den Reihen der NPD stehen, wie in den Reihen der PDS oder KPD."

Aktuell ruft der "KDS-Celle" mit anderen zu einer Demonstration in Duisburg am 16.07.2005 unter dem Motto "Multikultur abschaffen - Moscheebau stoppen" auf.

DK

Polizei kontrolliert nur Personalien

Rechtsrock Konzert in Bröckel



Am 26. März fand in Bröckel ein Rechtsrock-Konzert statt, das von rund 100 Skinheads aus Celle, den umliegenden Landkreisen und aus Sachsen-Anhalt besucht wurde. Das Konzert mit vier Skinhead-Bands aus Peine, Sachsen-Anhalt, Belgien und den Niederlanden fand im Gasthaus "Zur Post" statt. Die Polizei kontrollierte die Veranstaltung mit zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei. Von 66 Teilnehmern wurden die Personalien kontrolliert, vier Personen wurden Platzverweise erteilt, gegen zwei Personen leitete die Polizei anschließend wegen des Zeigens des so genannten Hitler-Grußes ein Strafverfahren ein.

Der Polizeibericht ist in seinem Tenor allerdings eher verständnisvoll - als handele es sich um ein beliebiges Schützenfest: "Skinhead-Konzert im Landkreis Celle weitgehend friedlich verlaufen ... Die vom Veranstalter als nicht-öffentlich deklarierte Musikveranstaltung verlief überwiegend störungsfrei. ... Auffällig waren mehrere offenbar volltrunkene Teilnehmer, die sich zum Ende der Veranstaltung vor der Gaststätte übergaben. Außerdem kam es zu kleineren Schlägereien innerhalb der Szene. ..." Ein Skinhead schrieb übrigens anschließend in einem Bericht über das Konzert: "Nachdem wir kriminellen Monster >untersucht< wurden, wünschte uns doch tatsächlich noch ein netter Staatsdiener >Viel Spaß dann noch auf dem Konzert!!!>"

Der Veranstalter (laut Wirt ein Mann namens >Nickel<) stammt nach Polizeiangaben aus Sachsen-Anhalt. Der Betreiber der Gaststätte "Zur Post", Jens Steinmetz aus Wathlingen, teilte gegenüber der CZ mit, er habe mit Skinheads keine Probleme. Zu ihm könnten aber auch Linke kommen, das sei für ihn Umsatz. Steinmetz ist in Wathlingen auch Vorsitzender des Karate-Vereins >Bushido<.

Der Samtgemeindeverband Flotwedel der SPD verlegte eine ursprünglich in der Gaststätte "Zur Post" geplante Mitgliederversammlung wegen des Verhaltens des Wirtes nach Eicklingen.

Antifa-Recherchen erbrachten zwischenzeitlich folgendes: Das Konzert dürfte offiziell von dem Neonazi Andreas Nickel aus Klötze (Sachsen-Anhalt) organisiert worden sein. Nickel gehört zur "Kameradschaft Klötze", die in den letzten Jahren immer wieder den Kern der neofaschistischen Ordner

Gruppe "SelbstSchutz Sachsen-Anhalt" bildete. Klötze in der sachsen-anhaltinischen Altmark, rund 20 km von Salzwedel entfernt, gehört zu den Nazi-Hochburgen im Osten; neben Nickel organisieren die mehrfach vorbestraften Neonazis Kay Schweigel und Mirko Appelt die dortige Szene.

Die Bands, die in Bröckel spielten, waren: Donnerhall (aus Peine), Last Riot (aus Suhl, Sachsen-Anhalt), After The Fire (aus den Niederlanden) & Lions Pride (aus Belgien). Über die Band "Donnerhall" schreibt der niedersächsische Verfassungsschutz in seinem neuesten Bericht: "Die seit Februar 2003 bestehende Skinhead-Band Donnerhall aus Peine, die seit Mitte September [2004] über eine eigene Internetseite verfügt [www.donnerhall.org], veröffentlichte Anfang November eine in Eigenproduktion erstellte CD mit neun Liedern. Die Lieder greifen vermeintliche Vorurteile gegen rechtsextremistische Subkulturen auf und pflegen auf diese Weise einen für viele Skinheads typischen Märtyrerkult." Auffallend ist, dass es zu Ostern 2004 in Niedersachsen ebenfalls ein Skinhead-Konzert gab, bei dem



eine Neonazi-Gang aus Salzwedel/Klötze dabei war. Über 300 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Belgien waren vor einem Jahr zu diesem >Ereignis< in das kleine Dorf Molbath im Landkreis Uelzen angereist. Es spielten neben Last Riot, die auch in Bröckel dabei waren, die Bands Barking Dogs aus Düsseldorf, Selbststeller aus Riesa und Les Vilains (Die Hässlichen) aus Brügge / Belgien.

Vieles scheint dafür zu sprechen, dass die Neonazis wieder ein Osterkonzert durchgeführt haben - diesmal im Landkreis Celle.

Heydecke und der Revisionsismus

In der Ausgabe 24 berichteten wir über den Prozeß von Hans-Christian Heydecke gegen die Antifaschistische Infogruppe Celle (AIG). Die AIG hatte auf ihrer Website geschrieben, dass Heydecke in einem Leserbrief in der rechten Zeitung Nation und Europa inhaltlich den Holocaust relativiert und antisemitische Thesen vertritt.

Zu den bereits veröffentlichten Aktivitäten des Herrn Heydecke in dem rechtsextremistischen Spektrum gesellt sich ein jetzt bekannt gewordener weiterer Leserbrief.

Auch darin schreibt er wieder zum Revisionsismus: "Rußland ist meines Wissens heute das einzige Land in Europa, wo man offen über Holocaust und Kriegsschuldfragen diskutieren und schreiben kann." Das bedeutet doch nichts anders als dass er hier in der Bundesrepublik seine Gedanken zum Holocaust lieber nicht äußern will, weil sie entweder soweit rechts sind, dass die gesellschaftliche Isolation droht oder weil seine Ansichten offen geäußert gar einen Straftatbestand darstellen. Aber Heydecke gibt die Hoffnung nicht auf: "Bis sich die Ergebnisse revisionistischer Forschung auch in Politikerköpfen festsetzen, mag einige Zeit vergehen". In seinem Leserbrief nimmt er auch die Oberschicht in Rußland vor dem Vorwurf der Dekadenz in Schutz, den dieser Vorwurf kann "höchstens den Teil der Geschäftswelt meinen, der die amerikanischen Lehren verinnerlicht hat, der gewissenlos und korrupt ist. Schließlich wissen wir, dass ein großer Teil dieser Leute ja zum "gewissen Volk" gehört." Die Bezeichnung "gewisses Volk" wird in rechtsextremistischen Kreisen häufig als Pseudonym für Juden benutzt und soll im Zweifel vor

Strafverfolgung schützen.

Abgedruckt wurde der Leserbrief in der Zeitung "Der Preuße" Nr.5/2003, dem offiziellen "Staatsorgan" des "Freistaats Preußen". Die rechte Organisation strebt die Wiederherstellung des Deutschen Reiches, inklusive Österreich, Tirol und Elsaß-Lothringen an. Ebenfalls einverleibt werden sollen "alle ostdeutschen

Länder einschließlich Westpreußen und des deutschen Teils von Nord-Schleswig (Grenzen 1914 + 1939)". Als "Staatspräsident" einer Art Exilregierung fungiert der Verdener Rechtsextremist Rigolf Hennig, der bereits bei den Republikanern und der Deutschen Liga aktiv war.

Mitglied des "Freistaates Preußen" ist der Celler Dr. Lothar Klatt, dem in der Ausgabe 1/2004 zum 100.ten Geburtstag gratuliert wurde, weil er "viele Jahre seines Lebens dem Volkstumskampf gewidmet, mit Aufsätzen und Gedichten seine deutschen Mitbürger beglückt" hat.

DK



Rechte Unterschriften

60 Jahre Kriegsende. Derzeit auf allen Rundfunk- und Fernsehkanälen ein ständig präsent Thema. Und selbstverständlich auch ein großes Diskussionsthema innerhalb der organisierten Rechten. Auch das rechte "Institut für Staatspolitik" hat sich dem Thema angenommen und sowohl in der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) als auch in der rechtsextremistischen Jungen Freiheit (JF) Anzeigen "8 Mai 1945 Gegen das Vergessen 8. Mai 2005" geschaltet.

In dieser Anzeige wird dazu aufgerufen "beiden Seiten dieses Datums zu gedenken", was letztlich bezwecken soll, die Trennlinie zwischen Opfer und Tätern zu verwischen. Das paßt ins Konzept des Institut für Staatspolitik. Diese Organisation wurde im Jahre 2000 gegründet und ist der intellektuellen "Neuen Rechten" zuzuordnen, einer Strömung innerhalb der extremen Rechten, die sich darauf konzentriert, Rechtsextremismus mit Ideologie zu untermauern. Das Institut für Staatspolitik ist ein gutes Beispiel für das Bemühen der "Neuen Rechten", gesellschaftliche Diskurse zu

prägen. Für die Anzeige wurden bereits über 1500 Unterschriften gesammelt. Und wie sollte es anders sein, haben sich auch Leute aus Celle daran beteiligt. Der "Gefreiter a.D." Helmut Schmidt-Harries, ehemaliger NPD-Kandidat im Landkreis Celle und der unsägliche "Oberst d.R." Dr. Ulrich Witten, ehemals stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen des Bund freier Bürger (BFB) und Oberstadtdirektor a.D. ließen es sich nicht nehmen, die Anzeige zu unterzeichnen.

Aber auch die neue Generation läßt sich nicht lumpen und so gehört auch der Celler Christoph-Alexander Wagner, nach eigenem Bekunden 22 Jahre alt, zu den Unterzeichnern. Auf seinen Namen läuft im Internet auch eine Website unter der Domän www.schrapsel.de bzw. www.schrapsel.com. Dort veröffentlicht er sporadisch Texte aus dem Themenfeld des Rechtsextremismus. Eigene Beiträge gibt es nicht. Lediglich im "Patriotischen Forum" hat er es unter dem Namen "Schrapsel" auf gerade mal drei Beiträge gebracht.

DK

Flüchtlinge integriert?

Als "besten Beweis" für eine gelungene Integration des Flüchtlingsheims in die Ortschaft Scheuen wertete der Hausmeister Aussagen von Bürgern, denen noch gar nicht aufgefallen war, dass das "Heim" seit einem Jahr mit Flüchtlingen "belegt" ist. Nimmt man diese Argumentation, können wohl die in der Justizvollzugsanstalt einsitzenden Gefangenen als die am allerallerbesten integrierten Mitbürger gelten.

Gegenüber der Celleschen Zeitung kritisierten die Flüchtlinge im März, dass sie zur Untätigkeit verdammt seien. Sie forderten zudem ein Briefkastensystem, weil sie bisher ihre Post nur beim Hausmeister abholen können - und wenn dieser z.B. krank ist, keine Post erhalten. Das ist auch wegen gerichtlicher Terminangelegenheiten nicht hinnehmbar. Weiter fordern sie ein zugängliches kartenloses Telefon, damit in Notfällen z.B. ärztliche Hilfe angefordert werden kann.

Heimstiftung: Ausstieg aus BAT?

Es ist mittlerweile fast rituell: Wo ein Betrieb wirtschaftliche Probleme hat, sollen die Beschäftigten "bluten". Etwa die Hälfte der 120 MitarbeiterInnen der Celler Heimstiftung erhalten ihre Gehälter aktuell noch nach dem Bundesangestellten-Tarif. Das soll sich - so die Absicht des Vorstands - ändern; für die betroffenen Beschäftigten würde dies erhebliche Einkommensverluste mit sich bringen.

Neubürger sollen schwören

Die CDU-Ratsfraktion hat beantragt, dass in Celle eingebürgerte "AusländerInnen" vor dem versammelten Stadtrat folgende Eidesformel sprechen sollen: "Ich schwöre, dass ich als deutscher Staatsangehöriger das



Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was dem deutschen Staat schaden würde." Besonders originell ist's nicht, denn die lokale CDU folgt nur ihren Fürsten in München, Hannover und Berlin, die eben dies als Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht haben. Die wollen's verpflichtend, in Celle soll's - weil ja noch nicht Gesetz - freiwillig sein. Doch fast könnte man mutmaßen, dass sich das den "Eingebürgerten" ganz offensichtlich entgegengebrachte Misstrauen bei jenen potenziert, die keinen Wert auf deutschümelnde Rituale legen. - Schon heute müssen Einbürgerungskandidaten eine Loyalitätserklärung aufs Grundgesetz unterschreiben - nur feierlich geht's nicht zu. Dass es aber letztlich um mehr geht, als die Feierlichkeit, zeigt übrigens ein Vorgang im hessischen Gießen. Dort wurde im vergangenen Jahr erstmals eine vollzogene Einbürgerung nachträglich revidiert. Einem Kurden wurde die deutsche Staatsangehörigkeit wieder aberkannt, weil - wie der hessische Verfassungsschutz die Behörde auf die übliche Regelanfrage mitteilte - sich der eingebürgerte Mittelhesse in der Vergangenheit für die "Partiya Karkeren Kurdistan" (PKK) engagiert habe. Er habe damit - so die Argumentation des Gießener Regierungspräsidiums, die ein Verwaltungsgericht bestätigte - Bestrebungen verfolgt, die gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerichtet seien. Zwar regelt das Grundgesetz, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht entzogen wer-

den darf, hier aber war man der Auffassung, die Einbürgerung sei "erschlichen" worden und damit unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen.

Pillibeit Ortsverbands- vorsitzender

Zu seinem Vorsitzenden wählte der Ortsverband der Altenceller CDU im April den 31jährigen Betriebswirt Frank Pillibeit. Er gehörte zu den Unterzeichnern eines im November 2003 in der FAZ veröffentlichten Aufrufs "Kritische Solidarität mit Martin Hohmann", in dem es u.a. heißt: "Wir halten die Rede ... keineswegs für antisemitisch". Der dann aus der CDU-Fraktion ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete war mit Äußerungen über das jüdische "Tätervolk" "angeeckt".

SPD fordert Ausländerkinder-Quote

Die Celler SPD im Stadtrat hat im April gefordert, dass der "Ausländeranteil" in Schulklassen auf 30 Prozent beschränkt wird: "Wir dürfen unsere Schulen, die einen hohen Ausländeranteil haben, nicht länger mit ihren Problemen allein lassen. Jeder Gruppe, ob im Kindergarten oder in der Schule, die einen höheren Anteil als 30 Prozent hat, muss geholfen werden." Das ist die Forderung in einem Antrag, den die SPD-Ratsfraktion formuliert hat. Nach Auffassung der stellvertretenden Fraktions- und Schulausschuss-Vorsitzenden Amei Wiegel seien sich alle Fachleute einig, "dass eine Gruppe nur einen gewissen Prozentsatz von Kindern mit Defiziten in der deutschen Sprache verkraften kann. Wir gehen von einem Höchstanteil von 30 Prozent aus." Deshalb müsse der Ausländeranteil in den Kita-Gruppen und Schulklassen, in denen er höher ausfällt, ausgeglichen werden. Die Stadt sollte sich zum Ziel machen, in keiner ihrer Grundschulen den Anteil an



Kindern mit Sprachdefiziten über 30 Prozent steigen zu lassen. Um dies zu erreichen, müssten Kinder in andere Klassen, notfalls in andere Schulen versetzt werden.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Astrid Peters fand den SPD-Vorschlag interessant, wies aber immerhin auf das Problem hin: "Wie sucht man die Kinder ausländischer Herkunft aus, die ihre gewohnte Schule verlassen sollen?"

Die Celler SPD nimmt mit ihrem Antrag eine Diskussion auf, die vor zwei bis drei Jahren einerseits ihr damaliger niedersächsischer Vorturner Sigmar Gabriel, aber auch die CSU begonnen hatten. Der Hintergrund der Debatte ergibt sich weniger aus dem Problem, sondern aus dem Lösungsvorschlag. Es ist sicherlich richtig, dass- wenn viele Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen in eine Klasse gehen - alle Kinder dieser Klasse benachteiligt sind. Wem dazu allerdings nur eine Quote einfällt, scheint sich nicht um die sprachliche Kompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund bemühen zu wollen, sondern darum, dass die "deutschen" Schüler ihre "Chancengleichheit" im härter werden Schulmarkt bewahren. Anders würde man nämlich wohl auf andere Lösungen kommen: Wie wäre es mit "Chancengleichheit" durch Förderung, z.B. einer deutlich besseren Ausstattung

der Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern - solchen mit Migrationshintergrund und deutschen -, die unzureichende Voraussetzungen mitbringen? Wie wäre es, den alten GEW-Vorschlag aufzunehmen, Kinder mit Sprach- und Sozialisationsschwierigkeiten "doppelt" zu zählen, d.h. ihnen doppelt so viele Lehrerstunden zu geben, also: Klassen zu verkleinern und spezifische Fördermaßnahmen zu ergreifen. Aber - wie gesagt - darum scheint es nicht zu gehen, sondern offenbar nur darum "deutschen" Schülern den Weg zu weiterführenden Schulen nicht zu verbauen.

Heitland-Preis an Thomas Huber

Der Kunstpreis der Celler Heitland-Foundation geht dieses Jahr an den in Düsseldorf lebenden Künstler Thomas Huber. Der Schweizer Künstler nimmt in der aktuellen Kunstszenen eine besondere Position ein, weil er seine Ausstellungen als soziales Ereignis und Ort der Begegnung inszeniert. Dazu gehört dann auch die öffentliche Reflexion seiner Arbeit, die Diskussion um Vorgang der Bildherstellung, um die künstlerische Produktion, die Vermarktung von Kunst sowie um ihren Stellenwert in der Gesellschaft. - Der mit 20000 Euro dotierte Preis wird am 28. Mai in der Gotischen Halle des Celler Schlosses an Huber übergeben, wo dann bis zum 26. Juni auch eine kleinere Ausstellung des Künstlers zu sehen sein wird.

Grünes Jubiläum

Der erste Celler Ortsverband der Grünen, gegründet in Winsen, durfte im März sein 25-jähriges Bestehen feiern. Erinnerung wurde auch an den Kampf gegen die Aufrüstung durch Mittelstreckenraketen in Ost und West, der letztlich den Grünen eine soziale Basis für die Parteigründung gab. Heute kämpft man bei "grüns" anders gegen

Mittelstreckenraketen. Vier Wochen nach der Jubiläumsfeier stimmte der Parteirat der Beschaffung des Luftabwehrsystems "Meads" zu. Es soll zur Abwehr von Mittelstreckenraketen und angreifenden Flugzeugen dienen. Befürworter halten das System bei einem Einsatz deutscher Soldaten in mehreren Jahren beispielsweise im Nahen Osten für nötig. (Deutsche Soldaten sorgen ja bekanntlich seit Deutschland wieder Kriege führt überall für Frieden.) Das Projekt soll gemeinsam in Deutschland, Italien und den USA entwickelt werden. Es werden eine Milliarde Euro an Entwicklungskosten und bis zu zwölf Milliarden Euro Beschaffungskosten fällig. Aber nach 25 Jahren wissen die Grünen ja auch, dass sich das Geld mit weiteren Kürzungen beim "Sozialen" reinholen lässt.

Hitler-Gruß in Hermannsburg

Zwei Wochen Jugendarrest bekam ein 20-jähriger Hermannsbürger, für das Zeigen des "Hitler-Grußes". Er begleitete es formgemäß mit einem "Heil Hitler" gegenüber einem schwarzen US-Bürger aus Sülze. Diesem hatte der Jungschütze nach dem traditionellen Eieressen beim Sülzer Schützenfest im vergangenen Juni einen Wasserball aus dem Garten entwendet. Als dieser den Ball zurückforderte, wurde er zusätzlich noch als "Scheiß-Nigger" bezeichnet. Ein Jugendrichter des Amtsgerichts meinte, das erfülle den Tatbestand der Volksverhetzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen.

Herrentag – Nazitag?

Fünf junge Neonazis haben am Himmelfahrtstag am Spielplatz Ecke Hagenstraße/Bruchhagen (Westercelle) einen 15-jährigen kurdischen Jugendlichen angepöbelt und vom Fahrrad geschubst. Als dieser einen Bruder und seinen Onkel zur Hilfe holte, wurden die drei Kurden sofort angepöbelt, beleidigt und mit leeren

Bierflaschen beworfen, wobei der älteste der drei eine Kopfplatzwunde erlitt, die im Krankenhaus behandelt werden musste. Schnittwunden zogen sich auch die anderen beiden zu. - Die Neonazis im Alter zwischen 19 und 24 Jahren hielten sich bei dem Spielplatz während einer "Vatertagstour" auf. Die von Anwohnern herbeigerufene Polizei nahm die Personalien auf und leitete Ermittlungsverfahren ein; allerdings nicht nur gegen die Neonazis, sondern auch gegen einen der Kurden, der mit dem Auto auf zwei der Neonazis zugefahren sein soll, wobei diese nur durch einen Sprung den Zusammenstoß hätten vermeiden könne.

Milchbauernprotest bei real

Anfang April protestierten gut hundert Celler Landwirte mit 20 Traktoren vor dem Celler real-Markt. Sie wandten sich gegen die Preispolitik der Supermarktkette, die den Liter Milch für 33 Cent anbietet. Die Landwirte kauften kartonweise die real-Milch und verteilten sie kostenlos unter den Kunden. Hintergrund des Bauernprotests war der Preisdruck den die Lebensmittelketten mit solchen Aktionen auf die Produzenten machen. Der Produktionspreis liegt aktuell bei 32 bis 36 Cent pro Liter, während vielfach im Verkauf nur noch 26 Cent erzielt werden könnten. Mit "Wahnsinns-Preisen", wie denen von real, sei ein Milchbetrieb nicht mehr wirtschaftlich zu führen.

Wirtshaus UNION

Rund eine Viertel Million Euro soll der Umbau des Restaurants in der UNION zu einem "Wirtshaus" kosten. Nachdem dies aus Reihen der Gastronomie als

"Wettbewerbsverzerrung" kritisiert wurde, meinte Oberbürgermeister Biermann gegenüber der CZ, "dass dies nicht aus Steuergeldern finanziert" würde. Die Investition würde aus Dividenden erträgen des der UNION überschriebenen städtischen Aktienpaketes erfolgen. Außerdem würden 30 % von einer beteiligten Brauerei getragen. Die Bündnisgrüne Ratsfraktion wies zu recht darauf hin, dass Biermann die Bürger für dumm verkaufe. Zwar seien Dividenden erträge keine Steuern, letztlich aber unterm Strich städtische Mittel.

Fler auf Platz 1 der lokalen Charts



Kaum auf dem Markt, war die CD "Neue deutsche Welle" von Fler in den Celler Karstadt-Charts in der zweiten Maiwoche schon auf Platz 1. Bundesweit hatte es der rechte Rapper bis dahin erst auf Platz 5 geschafft. "Schwarz, rot, gold / hart und stolz", heißt es im Titelsong des Albums; in Videoclips schwenkt Fler deutsche Fahnen und wird nicht müde, über seine Nationalität zu schwafeln. Flers Logo und Schriftzug werden dementsprechend von einem mehr oder weniger kunstvoll entstellten Reichsadler gebildet. Die taz schreibt dazu: "Was Fler und sein Label hier betreiben, ist die Aufladung von deutschem HipHop mit einer dumpfen nationalen Identität."

Abschiebung wegen Doppel-Pass?

Die Herren Schily, Schönemann und andere entdeckten vor den NRW-Wahl ein "großes Problem": Da hatten sich doch - zumeist vormals türkische - StaatsbürgerInnen nach ihrer Einbürgerung ins schöne Deutschland wieder eine türkischen Pass besorgt; heimlich und ohne vorher Otto Schily zu fragen. Wen juckt's, könnte man mei-

nen? Halt jene, die ihre Staatsbürger im Regelfall für sich alleine haben wollen: Den deutschen Staat vertreten durch die Regierung. Und in NRW sollte es ein Ärgernis sein, dass nun Leute wählen könnten, die gar nicht wählen dürften. Deren Probleme möchte ich haben, höre ich mancheN sagen? Leider will man aber jenen mit dem zwei Pässen jetzt Probleme bereiten. Das Problem des Innenministers: Man weiß ja gar nicht, wer neben dem deutschen auch noch den türkischen Pass hat. Der türkische Staat wollte sich auf einen Datentransfer trotz des erhobenen Zeigefingers von Otto Schily bisher nicht einlassen. Deshalb bietet man "großzügig" an, wer sich bis zum 30. Juni freiwillig melde, erhalte problemlos wieder eine Aufenthaltserlaubnis. Die Cellesche Zeitung machte unter der Überschrift "Rote Karte für den Doppel-Pass" am 14. Mai daraus eine Drohung: "Wer nach dem 30. Juni diesen Jahres mit zwei Pässen erwischt wird, soll nicht nur ausgewiesen werden, sondern hat auch keine Chance mehr, wieder nach Deutschland einzureisen." Das aber ist frei erfunden. Nichts daran stimmt. Juristisch stellt sich der deutsche Staat zwar auf den Standpunkt, dass er jene Menschen, die sich nach der Einbürgerung wieder einen türkischen Pass verschafft haben, ausbürgert. Ausbürgern ist aber nicht abschieben. Wenn irgendwann nach dem 30.06.05 herauskommt, dass jemand sowohl einen deutschen wie einen türkischen Pass hat, wird er auf jeden Fall bis zur Entscheidung über einen Aufenthaltstitel "geduldet". Diese Situation kann sich negativ auf den Arbeitsmarktzugang auswirken, führt aber nicht zu einer Abschiebung. Auch eine erneute Einbürgerung in Deutschland ist möglich, wobei im Prinzip nur die Aufgabe der anderen Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden muss. - Der Artikel der Celleschen Zeitung ist unterm Strich eine unverantwortliche Panikmache. Die meisten eingebürgerten KurdeInnen dürften glücklicherweise nicht allzuviel Wert darauf gelegt haben, zusätzlich zum deutschen auch noch einen türkischen Pass zu bekommen.

Hartz IV

Jetzt geht 's zur Sache



Während SPD-Chef Müntefering ein bisschen gegen Wirtschaftsbosse wettet, bekommen hunderte CellerInnen die Auswirkungen der rot-grünen Agenda 2010 in voller Härte zu spüren. Androhung der Kürzung von Mietzuschüssen mit der Folge von Zwangsumzügen, massenhafte Umsetzung der Ein-Euro-Job genannten Zwangsarbeit. Und das alles wird begleitet von diese Zwänge schönredenden Verwaltungen, assistiert von einer unkritischen Lokalpresse und an diesen Punkten ins Schweigen verfallenen LokalpolitikerInnen. Immerhin meldete sich der Celler Ortsverband der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) mit fundierter Kritik zu Wort, ohne allerdings damit in der Lokalpresse zu Wort zu kommen.

Seit die Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung zum April von der Agentur für Arbeit (AfA) an den Landkreis abgegeben wurde, können sich viele Langzeiterwerbslose des Daches über ihrem Kopf nicht mehr sicher sein. Während die AfA in den Erstbescheiden praktisch ohne Prüfung die Kosten der Unterkunft (KdU) anerkannte, weht vom Landkreis ein anderer Wind. Mittlerweile dürften es einige hundert Betroffene sein, die vom Landkreis in den Bescheiden aufgefordert wurden, ihre Wohn- oder Heizkosten zu senken. Darauf zumindest lassen die vielen verunsicherten Ratsuchenden bei der Beratungsstelle für arbeitslose Bürgerinnen und Bürger in Celle (abc) schließen, wo aktuell 20 Anfragen am Tag keine Seltenheit mehr sind. Und es ist auch kein Wunder bei dem, was in Stadt und Landkreis Celle künftig als >angemessene< Kosten gelten sollen.

Als Richtschnur gab der Landkreis bekannt, künftig bei in der Stadt lebenden Erwerbslosen Mieten nur noch bis zu einem Quadratmeterpreis von 4,86 Euro, bei in den Landkreisgemeinden lebenden von 4,35 Euro Kaltmiete zu erstatten. Für die Nebenkosten gilt ein Euro pro qm als angemessen, für die Heizkosten werden 0,96 Euro/qm veranschlagt.

Als Grundlage hierfür habe man, so Kreisdezernent Gerhard Höhl gegenüber der Presse, sorgfältige Auswertungen der Sozialhilfeempfänger-Mieten und eigene Beobachtungen am Mietmarkt genommen. Und er meint: "Bescheidene, aber menschenwürdige Wohnungen sind zu diesem Satz zu haben."

Regelrecht verfassungswidrig wurde Höhl in seiner Stellungnahme, als er für aktuell in Celle lebende Erwerbslose anmerkte: "Es kann durchaus zumutbar sein, etwa nach Lachendorf umzuziehen, wenn dort eine Wohnung mit günstigerer Miete zu finden ist." Man erwarte schließlich auch von Arbeitnehmern einen Flexibilität. (CZ, 23.03.2005)

Nun ist diese vom Landkreis angestrebte Praxis in keiner Hinsicht akzeptabel. Und er dürfte, wo Widersprüche und Klagen erhoben werden, in den meisten Fällen vor den

Sozialgerichten unterliegen (siehe nebenstehenden Artikel). Aber: Viele Betroffene werden sich fügen, werden sich entweder eine billigere Wohnung suchen oder den Teil der Miete, den ihnen der LK künftig nicht mehr erstattet, von der sowie so schon dürftigen Regelleistung abknapsen. Und damit geht die Rechnung des Landkreises auf: Er dürfte >Einsparungen< erzielen, die jährlich mindestens im sechsstelligen Bereich liegen.

Kritik am Landkreis-Vorgehen kam zunächst von Seiten der Erwerbsloseninitiative und der kirchlichen Beratungsstelle abc. Mit einigen konkreten Forderungen meldete sich die WASG. Ihr Sprecher Andreas Hauptmeyer forderte angesichts der Sturheit des Landkreises gegenüber der geäußerten Kritik den Stadtrat und den Kreistag auf, Beschlüsse herbeizuführen, die die Verwaltung zu einem großzügigeren Umgang zwingen. Er vertrat - gestützt auf die Rechtsprechung des OVG Lüneburg - die Auffassung, dass eine für Celle angemessene Regelung die Orientierung an der rechten Spalte der Wohngeldtabelle wäre. In Zahlen ausgedrückt würde dies in der Stadt bei einem Ein-Personenhaushalt einen Richtwert von 325 Euro, bei einem Zwei-Personenhaushalt von 395 Euro - jeweils inklusive der kalten Nebenkosten - bedeuten. Der LK will hier zum Vergleich Obergrenzen von 265 bzw. 350 Euro durchsetzen. Doch dass Hauptmeyer die in Stadtrat und Kreistag vertretenen Parteien zu einer Stellungnahme und Beschlussfassung aufforderte, erreichte diese gar nicht, denn die CZ, die sonst zu jedem Scheiß die Meinung von Kommunalpolitikern hören will, scheint sich für das Thema nicht zu interessieren. Dabei ist die Auffassung von Andreas Hauptmeyer doch mehr als plausibel: "Ich finde, die Parteien vor Ort sollen sich klar äußern, ob sie die Praxis des Landkreises richtig finden oder falsch, ob sie Erwerbslosen ihre Wohnungen wegnehmen wollen oder nicht." Ach so: Wer jetzt auf dieser Informationsbasis mal bei den gewählten VertreterInnen vor Ort nachfragt, sollte sich nicht mit der Auskunft abfertigen lassen, man könne sich in dieser Frage rechtlich nicht in Verwaltungshandeln einmischen. In Göttingen haben Stadtrat und Kreistag genau dies und an dieser Frage gemacht.

Zu einem anderen brisanten Konfliktfeld entwickeln sich die Ein-Euro-Jobs. Zunächst in einer Startphase ab Oktober 2004 auf freiwilliger Basis eingeführt, ist jetzt Schluss mit lustig. Zwar gibt es immer noch viele Erwerbslose, die



aus schlichten Zuverdienstgründen solche Jobs wollen (ein Zwang der bekannteren Art), andere aber sehen sich mittlerweile der Nötigung ausgesetzt, solche Jobs anzunehmen oder mit einer dreimonatigen Leistungskürzung um 30 % des Regelsatzes klarkommen zu müssen. Obwohl AfA, Maßnahmenträger und Lokalpresse viel Mühe darauf verwenden, Propaganda für die Zwangsarbeit zu machen, platzte ihre Schönrederei ausgerechnet am City-Guide-Projekt. Langzeiterwerbslose sollen als Ein-Euro-Jobber im Stadtzentrum hilflosen Touristen den rechten Weg weisen, vor allem aber schwer bepackten Konsumenten ihre Einkäufe zu den Autos tragen helfen. Zwei Wochen vor dem Start dieses Dienstbotenprojekts für Karstadt, C&A und die anderen großen Innenstadtgeschäfte musste die CZ bei einer Recherche feststellen, dass fünf der acht JobberInnen, mit denen begonnen werden sollte, keinen Bock darauf hatten, den Packesel für Reiche abzugeben. AfA-Chef Hans-Jürgen Genz bemühte sich fix, den Sprengstoff zu entschärfen. Er verkaufte die Teilnahme an dieser Maßnahme, weil im öffentlichen Raum angesiedelt, als freiwillig. Drei sprangen daraufhin ab. Dem Geschäftsführer der Touristik Region Celle (TRC), Volker Holzberg, war übrigens egal, ob mit oder ohne Zwang, er sah zunächst keinen Grund das >Team< neu zu formieren. Interessant war übrigens eine Aussage von Stefan Lohse vom Schlosskreis-Vorstand: "Wir haben zehn Jahre über so einen Service nachgedacht, jetzt haben wir eine vernünftige Basis, dies zu realisieren." Soviel zum Thema >Zusätzlichkeit< und >Gemeinnützigkeit<. Zusätzlich und gemeinnützig ist für den Schlosskreis anscheinend gleichbedeutend mit >kostet uns nix<.

Die Ausweitung der Ein-Euro-Jobs treibt auch andere Blüten. In der Samtgemeinde Wathlingen werden die Ein-Euro-Jobber von einer Ein-Euro-Jobberin "eigenmächtig verwaltet", wie die CZ berichtet (23.04.2005). Sie schreibe die Anträge, löse Konflikte und erstelle die Abrechnungen. Man kann nicht davon ausgehen, dass die Samtgemeinde deshalb

auf den so genannten >Strukturkostenanteil< verzichtet, d.h. jene Pauschale, die die Träger für ihre >Verwaltungskosten< erhalten.

Der WASG Sprecher fordert die Einberufung einer öffentlichen Konferenz, die eine an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte Praxis beraten und Richtlinien für die Celler Region erarbeiten soll. Teilnehmer sollten neben AfA und Landkreis die Vertreter der Gewerkschaften, Sozialverbände und der Erwerbsloseninitiativen sein. Außerdem hält der WASG Sprecher es für unbedingt notwendig, dass die Handwerkskammer und die IHK vertreten sind, weil sich im Bereich der 1-Euro-Jobs ("Arbeitsgelegenheiten") abzeichnet, dass das Kriterium der Zusätzlichkeit massiv unterlaufen wird. Es entstünden keine regulären Arbeitsplätze, sondern sie würden vernichtet.

Zwar soll sich künftig ein Beirat - initiiert von der AfA - mit den Folgen der Ein-Euro-Jobs beschäftigen, in dem neben den Vertretern der AfA auch der Landkreis, die Stadt Celle und kleinere Gemeinden, der DGB, die Kreishandwerkerschaft und die Industrie- und Handelskammer vertreten sein soll. Merkwürdigerweise lässt man sich mit der Gründung des Beirats viel Zeit, weil man - wie es heißt - erst Erfahrungen mit den Ein-Euro-Jobs abwarten wollen. Dass man anhand halbwegs >objektiver< Kriterien etlichen Erwerbslosen ihre Erfahrungen mit der Zwangsarbeit schon jetzt ersparen könnte, interessiert nicht. Deshalb hat der Vorschlag von Andreas Hauptmeyer von der WASG einiges für sich, wenn er die Einbeziehung von Erwerbslosen fordert: "Den Erwerbslosen muss in Zukunft über derartige Gremien ... eine Einflussmöglichkeit eingeräumt werden." Er regte auch die Gründung eines lokalen Ombuds-Rates an. Dieser solle als Schiedsstelle zwischen Betroffenen und zuständigen Behörden vermitteln. Neben der Vermeidung von akuten sozialen Härtefällen könnten nach Auffassung von Hauptmeyer in diesem Gremium sich häufende Probleme analysiert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Tatort Arbeitsamt



"Viele Tipps für Erwerbslose" verspricht das Buch >Tatort Arbeitsamt<. Doch dieser Untertitel führt eher in die Irre. Gerhard Hörner liefert einen polemischen Blick hinter die Fassade deutscher Arbeitsagenturen. So erfährt man unter dem Motto "Willkommen im Friseursalon", wie seit Jahren die Arbeitslosenstatistik geschönt wird. Er beschreibt mit vielen Fallbeispielen die

erleben "Geschichten aus Absurdistan". Kritisch beleuchtet der Autor die >Ich-AG<: programmierte Pleiten, Drehtür-Effekt und Dumping-Konkurrenz sind Stichworte, unter denen dieses >Hartz-Modul< kritisiert wird. Und schließlich stellt Hörner noch die Personal-Service-Agenturen und die Weiterbildungspraxis auf den Prüfstand; sein Fazit: Rohrkrepiierer statt Wunderwaffe.

Das Buch vermittelt den nachvollziehbaren Eindruck, dass die Arbeitsagenturen Vermittlungsbemühungen weitgehend eingestellt haben und die Erwerbslosen im besten Fall noch verwalten. - Die Tipps sind schon geeignet, Erwerbslose auf ihre Rechte hinzuweisen, bleiben aber häufig zu allgemein, um im Konflikt besonders praxistauglich zu sein.

Gerhard Hörner: Tatort Arbeitsamt. Viele Tipps für Arbeitslose. So wehren Sie sich gegen schlechten Service. Wien 2005 (Linde-Verlag). 14,90 Euro.

Ein zentrales Moment der Hartz IV-Gesetzgebung ist, jeden noch so niedrigen Lohn und jede noch so beschissenen Arbeitsbedingungen als hinnehmbar zu propagieren. Da mischt die Cellesche Zeitung fröhlich mit. Selbstverständlich stimmt man in den Chor jener ein, die sich wundern, dass InhaberInnen eines deutschen Passes so gar nicht darauf veressen sind für 5,43 Euro (brutto) Spargel zu stechen. Und das es so nicht weitergeht, titelt Gunter Jehle in anderem Zusammenhang: "Wer Däumchen dreht, bekommt weniger Geld." (26.03.2005), und schreibt im Text: "Wer ohne etwas zu tun, vom Staat alimentiert wird, dessen rosige Zeiten sind jetzt vorbei, wer schon immer ernsthaft eine Arbeit gesucht hat, wird besser betreut." Die Realität sieht bekanntlich anders aus: Es gibt für Langzeiterwerbslose keine Jobs mit Einkommen, von denen man leben könnte - und in der Regel können gerade jene Langzeiterwerblose, die 100 und mehr erfolglose Bewerbungen abgeheftet haben, auf die so genannte bessere Betreuung durch die AfA gern verzichten.

Was aber wird ideologisch transportiert: Erwerbslose hätten bisher glücklich in den Tag gelebt. Ein anderer Artikel verkündet die Botschaft vom Sozialbetrug. Die AfA hat die Praxis der Sozialämter übernommen und ein so genanntes >Ermittlungsteam< eingesetzt, das die Lebensverhältnisse von ALG II-EmpfängerInnen überprüfen soll - z.B. wo >Verdachtsmomente< auf das Bestehen einer >eheähnlichen Gemeinschaft< vorliegen. "Auf der Suche nach Sozialbetrügnern" titelte die CZ am 18. März. Würden sie sich in Berlin in Parlament und Regierung umschaun, würden sie fündig werden. Aber das ist ja nicht der Auftrag. Der Auftrag der Leistungsträger ist, die Kosten des >Sozialen< zu senken, indem man sie einem Partner oder einer Partnerin aufbürdet. Während Gudrun Brammer, Teamleiterin in der Arbeitsagentur die Kriterien zur Feststellung einer >eheähn-

lichen Gemeinschaft< korrekt benannte (mindestens dreijähriges Zusammenleben, gemeinsame Konten) führte Matthias Krüger vom Celler Sozialamt >Indizien< an, die keiner gerichtlichen Prüfung standhalten würden: "Größere Mengen an Unterwäsche des Partners oder ein gemeinsam gefüllter Kühlschrank." Es ist zwar in hohem Maße unverantwortlich, solche absolut haltlosen >Indizien< für das Bestehen einer eheähnlichen Gemeinschaft in die Welt zu setzen - nur: Kritik seiner Dienstherren hat Matthias Krüger wahrscheinlich nicht zu erwarten. Um es unmissverständlich zu klären: Der Partner oder die Partnerin kann seinen oder ihren gesamten Unterwäschebestand im Kühlschrank des anderen deponieren, ohne dass damit Leistungen >erschlichen< (offenbar Fachjargon der ErmittlerInnen) würden.

Auf eine Öffentlichkeit, die ihre Interessen ernstnimmt, können Erwerbslose in Celle nicht rechnen. Sie müssten selbst daran arbeiten, aber dafür wiederum gibt es kaum Strukturen. So bleibt erstmal nur die Empfehlung an die Betroffenen, sich nicht verarschen zu lassen - und überall, wo ihnen etwas schleierhaft vorkommt, mit Widersprüchen und Klagen zu reagieren.

Mann, Sie haben vergessen, das Zahngold anzugeben!



Hartz IV - Eine Abrechnung



Gegen eine große Allianz von Politik, Wirtschaft und Medien, die sich allsonntäglich bei Christiansen versammelt und für das Umverteilungsprogramm nur gute Worte findet - wobei dann auch die meisten Gewerkschaftsoberen zumeist nur >Korrekturen< einfordern, hat Gabriele Gillen im Rowohlt Verlag jetzt eine >Abrechnung< vorgelegt. Auf rund 250 Seiten zeigt die Journalistin, dass es sich bei den Hartz-Gesetzen um eine

Wende zum Almosenstaat handelt und was dies für die von dieser Politik Betroffenen handelt. Sie entlarvt die Propagandalügen und stellt faktenreich dar, wie mit diesem Verarmungsprogramm nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Noch-Beschäftigten unter Druck gesetzt werden. So vehement sie in der Beschreibung der Auswirkungen ist, so zaghaft ist sie in der Formulierung von Konsequenzen. Fast

hat es den Anschein, als ob Münteferings Redenschreiber Gillen gelesen hätten, die eine ihrer Forderungen eben auch an >Europa> richtet, das ein Grundgesetz brauche, in dem "unkündbar die soziale Demokratie festgelegt" werden müsse.

Zwar fordert sie eine eindeutige Polarisierung, einen leidenschaftlichen Appell zur >großen Umkehr<. Doch sie stellt nicht das System des Wirtschaftens in Frage, das Hartz IV hervorgebracht hat, sondern sie will mit bekannten Instrumenten wie Besteuerung das Kapital in Schranken weisen. Ihre Beschreibung der Verhältnisse ist furios und für Freunde journalistischen Schreibens durchaus lesenswert; das Buch liefert eine Anklage, eine Abrechnung, aber letztlich keine Analyse, die zu grundsätzlichen Fragen und Antworten vordringt. Trotzdem: >Spiegel<-Leser sollten sich mal den Kauf dreier Hefte sparen, in Gillens Buch >investieren< und es an drei aufeinanderfolgenden Sonntagabenden in der Zeit zwischen 21.45 und 22.45 Uhr lesen.

Gabriele Gillen: Hartz IV. Eine Abrechnung. Reinbek 2005 (Rowohlt Taschenbuch Verlag), 254 Seiten, 7,90 Euro.

Ratgeber gegen die Tücken des SGB II



Wohl nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat ein Gesetz derart viele Menschen mit einer komplizierten neuen Situation konfrontiert, die zugleich existenzbedrohende Formen annehmen kann. Das aus Hartz IV hervorgegangene neue

Sozialgesetzbuch II (SGB II) ist mittlerweile zwar in seinen Grundzügen bekannt. Doch die Fallstricke liegen im Detail. So kann sich eine alleinlebende Erwerbslose mit einer günstigen Wohnung und ohne Nebeneinkünfte ihre Ansprüche wahrscheinlich aus dem reinen Gesetzestext herleiten. Die Lebenswirklichkeit kennt aber andere Konstellationen, sowohl was das Zusammenleben von Menschen betrifft, wie ihre Wohnsituation oder ihre diversen kleinen Nebeneinkünfte. Die von den Arbeitsagenturen erlassenen Bescheide für das ALG II lassen hier zumeist mehr Fragen offen, als sie beantworten würden. Und die Erfahrung, dass Nachfragen bei den zuständigen Ämtern die Unsicherheiten eher steigern, haben zuletzt die meisten Erwerbslosen machen können. Was bleibt den Betroffenen also anderes, als sich entweder an Erwerbsloseninitiativen zu wenden oder sich selbst fit zu machen.

Mittlerweile lässt sich mit Ratgebern und Kommentaren zum SGB II problemlos ein halber Regalmeter füllen. Für eine kompetente Beratung allerdings kommt man mit wenigen Zentimetern hin, wenn es sich um die richtigen Bücher handelt.

Was kann man von Ratgebern zum SGB II erwarten? Selbstverständlich eine übersichtliche Darstellung der Grundlagen des Gesetzes - also Leistungen und Zumutungen. Schön wäre, wenn man den Eindruck hätte, der Ratgeber wäre allen, noch so komplizierten Lebenslagen gewachsen. Letztlich kann man sich noch wünschen, dass einem Mittel an die Hand gegeben werden, Rechtsansprüche durchzusetzen.

Nehmen wir ein Ergebnis vorweg: Diesen Anspruch voll und ganz einzulösen, weiß nur der von der AG TuWas herausgegebene >Leitfaden Alg II / Sozialhilfe von A-Z< der Autoren Rainer Roth und Harald Thomé. Das neue Leistungssystem wird unter 88 alphabetischen Stichworten erklärt, und in weiteren 33 Stichworten wird behandelt, wie man seine Rechte durchsetzen kann.

In Sachen Kompetenz und parteilicher Beratung kann der von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen herausgegebene und von Dorothee Fetzer erarbeitete Ratgeber im Ansatz mithalten. Er ist über-

sichtlich, gibt eindeutige Tipps auch im kleinen und hält Musterwidersprüche zu unterschiedlichen Fragen vor. Nachteil: Es fehlt ein Register.

Dass es lohnend ist, sich von den Fragen der Betroffenen statt vom Gesetzestext leiten zu lassen, zeigt Michael Baczko in >Hartz IV und das Arbeitslosengeld II. Ein Fall für Escher<. Der Autor ist als Fachanwalt für die mdr-Sendung >Ein Fall für Escher< tätig. Dort aufgelaufene An- und Hilferufe sind den einzelnen Themenfeldern zugeordnet und lassen deutlich werden, um was die Sorgen der Betroffenen kreisen. Die Antworten und Beispiele sind verständlich und erfreulich parteiisch. So beinhaltet das Buch die wichtigsten Rechtsmittel einschließlich der Musterschreiben, die sich auch auf der dem Buch beigelegten CD-Rom befinden.

Viele andere Verlage haben zum Jahreswechsel Einführungen, Kommentare und Ratgeber herausgegeben. Von ihrem Gebrauchswert bei Konflikten mit den Leistungsträgern ist zumeist aber nicht viel zu halten. Häufig bleiben sie allgemein, teilweise enthalten sie falsche Angaben, und nur selten sind sie parteilich auf Seiten der Betroffenen.

Nehmen wir nur ein praktisches Problem als Beispiel. Relativ schwammig wird in § 9, 5 des SGB II eine >Unterhaltsvermutung< angestellt: "Leben Hilfebedürftige in Haushaltsgemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, so wird vermutet, dass sie von ihnen Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten ..." Die eingangs gepriesenen Ratgeber geben den Tipp, dass eine entsprechende schriftliche Erklärung des Angehörigen darüber ausreicht, wonach er keine unterstützenden Leistungen erbringe, um diese Vermutung zu widerlegen. Ein vergleichsweise einfacher Weg, sich nicht nur Ärger mit der Behörde, sondern auch den Nerv mit den erwerbstätigen Verwandten vom Hals zu halten. Umso ärgerlicher ist es, wenn diese Möglichkeit z.B. z.B. im >stern Ratgeber< des



Linde-Verlags nicht auftaucht. Selbst der ansonsten ganz brauchbare Leitfaden der Stiftung Warentest verweist zwar auf einen Freibetrag, hält damit aber Begierden der Behörden nach Offenlegung des Einkommens der Verwandten die Tür auf. Und dass es bei Ratgebern auf den Erscheinungstermin ankommt, lässt sich am deutlichsten bei dem >Beck-Rechtsberater< von Jost Hüttenbrink (Stand: August 2004) erfahren. In seinem Beispiel wird die Großmutter wie ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft behandelt und voll zur Kasse gebeten. Wer das vor Antragsabgabe gelesen und geglaubt hat, dürfte in manchem Fall darauf verzichtet haben.

Wer umfassend und an den Konflikten orientiert beraten werden will, kommt an dem Leitfaden von Roth/Thomé nicht vorbei. Die Investition dürfte beim Preis von 7,50 Euro in vielen Fällen eine exorbitante >Rendite< ermöglichen. Noch günstiger ist der Ratgeber der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen und, wo die persönliche Lebenssituation nicht so kompliziert ist, wohl zumeist auch ausreichend. Baczko hat den Vorteil, dass über die Fragen und Beispiele viele Probleme gut nachvollziehbar werden. In jedem Fall ist den Betroffenen zu empfehlen, sich mit einem der angepriesenen Leitfäden auszurüsten. Bei Konflikten mit den Leistungsträgern ist man so gut gerüstet und dürfte in der Regel besser um die Rechte von Erwerbslosen Bescheid wissen als das Sachbearbeiter-Gegenüber.

Reinhard Rohde, Erwerbsloseninitiative Cella



Roth, Rainer / Thomé, Harald: Leitfaden Alg II / Sozialhilfe von A -Z, hg. von AG TuWas. Frankfurt a.M. 2005 (Fachhochschulverlag) - 7,50 [ISBN 3-

932246-50-0], über Mail agtuwas@web.de oder Fax: 069 / 1533 - 2633 gegen Rechnung bestellen oder in der Celler Buchhandlung Sternkopf & Hübel in der Neuen Straße.



Fetzer, Dorothee: Arbeitslosengeld (Alg) II. Wissen und Tipps für Betroffene. Wegweise durch den Alg-II-Dschungel. Mit Hilfen und Mustertexten für Widersprüche und Klagen. Ein Ratgeber der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Berlin 2004 - 3,00 (zzgl. Porto) über info@erwerbslos.de



Baczko, Michael: Hartz IV und Arbeitslosengeld II, m. CD-ROM; Vorw. v. Kurt Biedenkopf. Mit Hartz IV Rechner auf CD-ROM. Freiburg 2005 (Haufe) - 14,95 .



Brand, Jürgen: Hartz IV - Mein Recht auf Arbeitslosengeld II. Mit Tipps zum Ausfüllen der Antragsvordrucke. Düsseldorf 2005 (Stiftung Warentest) - 9,80



Stumberger, Rudolf: Hartz IV - Der Ratgeber. Mit verständlichen Erklärungen zum Ausfüllen des Antrags. Arbeitslosengeld II - Befristeter Zuschlag - Grundsicherung für Arbeitssuchende - Erbenhaftung - Zumutbarkeit. Wien 2005 (Linde) - 9,90



Hüttenbrink, Jost: Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, sonstige Ansprüche, Verfahren, Verwandtenregress. München 2004 (dtv) - 7,50

Kosten der Unterkunft

Zur rechtlichen Situation



Das neue Sozialgesetzbuch II (SGB II) bestimmt für die BezieherInnen von Arbeitslosengeld II in § 22, welche Leistungen für Unterkunft und Heizung den Betroffenen zustehen. Im Gesetzestext heißt es: "Leistungen für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind." Das Problem besteht nun darin, was als "angemessen" gilt.

In der Tendenz stützt sich diese Bestimmung des SGB II auf das alte Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Die Konflikte um die Frage der "Angemessenheit" führte hier in den vergangenen Jahren zu einigen Urteilen der oberen Verwaltungsgerichte, die neben den jeweiligen konkreten Entscheidungen auch Orientierungswerte für die Praxis lieferten.

Grundlegend ist folgendes festzuhalten: Die Angemessenheit der Unterkunftskosten bestimmt sich nach dem Bedarf des Hilfebedürftigen. Hierfür kommt es auf die Besonderheiten des Einzelfalles an, vor allem auf die Person des Hilfebedürftigen, die Art seines Bedarfs und die örtlichen Verhältnisse.

Wenn andere konkrete Anhaltspunkte (z.B. ein Mietpreisspiegel) für die Lage auf dem Wohnungsmarkt fehlen, ist nach Auffassung des OVG Lüneburg als Orientierungshilfe die Wohngeldtabelle heranzuziehen. Diese

zuletzt 2001 angepasste Tabelle differenziert "angemessene" Kosten nach den Kriterien der Haushaltsgröße, der Bezugsfertigstellung der Wohnung sowie sogenannten Mietstufen, die die Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden berücksichtigen. Die Haushaltsgröße bemisst sich schlicht an der Zahl der im Haushalt lebenden Personen. Die Mietstufen sind im Wohngeldgesetz festgelegt: Für die Stadt Celle ist es die Stufe IV, für alle hiesigen Landkreisgemeinden die Stufe II. Das Kriterium der Bezugsfertigstellung ist in vier Spalten differenziert: 1.) Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist bis zum 31. Dezember 1965 (sonstiger Wohnraum); 2.) Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist bis zum 31. Dezember 1965 (Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum); 3.) Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist ab 1.1.1966 bis 31.12.1991; 4.) Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist ab 01.01.92.

Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Für einem Alleinlebenden in Celle ergibt sich nach dem Kriterium der Bezugsfertigstellung eine Staffelung der Obergrenze von 200 Euro (für den sonstigen Wohnraum, also ohne Sammelheizung und Bad), von 245 Euro (für den bis 31.12.1965 fertiggestellten Wohnraum mit Sammelheizung und Bad), von 285 Euro für den Wohnraum, der zwischen 1966 und 1991 bezugsfertig wurde, und von 325 Euro für ab 1992 bezugsfertig gewordene Wohnungen. Diese Werte beziehen sich auf die Kaltmiete, aber einschließlich der kalten Nebenkosten.

In den 1990er Jahren hat das OVG Lüneburg angesichts einer angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in ständiger Rechtsprechung die Werte der äußersten rechten Spalte, also der vierten Spalte als Anhaltspunkt für die Bestimmung der Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft herangezogen. Diese günstige Regelung wurde mit einem Urteil vom 25.10.2001 (4 MB 1798/01) zurückgenommen. Seitdem soll zur Bestimmung der Angemessenheit der Unterkunftskosten an die konkreten Werte der Wohngeldtabelle angeknüpft werden, also die Baualtersklasse und die Ausstattung der Wohnung - sprich die Staffelung nach Bezugsfertigstellung - herangezogen werden. Aber: Diese Tabellenwerte seien um einen pauschalen Zuschlag von 10 v.H. zu erhöhen, weil die aktuelle Wohngeldtabelle die seit 1990 eingetretene Mietenentwicklung nicht widerspiegeln.

Ein weiterer Aspekt der Rechtsprechung des OVG Lüneburg ist wichtig. Es verweist SozialhilfeempfängerInnen nicht auf tendenziell günstigere Altbauwohnungen mit schlechter Ausstattung. Die alte Regelung (= äußerste rechte Spalte) hatte eine einheitliche Angemessenheitsgrenze festgelegt, "wenn aber eine neuere Wohnung erfahrungsgemäß teurer ist als eine ältere, dann ist es auch mit dem Gleichheitssatz vereinbar, bei der sozialhilferechtlichen Bedarfsberechnung je nach Alter der Wohnung auch unterschiedliche Unterkunftskosten anzusetzen." Was nichts anderes bedeutet,

als dass die höheren Mieten der Neubauwohnungen als "angemessen" gelten, wenn man denn in einer solchen lebt.

Wenn der Landkreis Celle sich in seiner rigiden Praxis auf Urteile des Bundesverwaltungsgerichts stützen zu können, so ist dies nur begrenzt möglich. In einem Urteil vom 31. August 2004 (BVerwG 5 C 8.04) hat es die Rechtsprechung des OVG Lüneburg grundsätzlich bestätigt. Einzig aus einem einleitenden Satz der Begründung kann man auf eine andere Betrachtung schließen. Dort nämlich heißt es, "dass der Unterkunftsbedarf im Sinne des Sozialhilferechts ... nicht nach denen des Wohngeldrechts zu beurteilen sei, da der mit der Gewährung von Wohngeld verfolgte Zweck weitergehe als derjenige der Sozialhilfegewährung."

Und genau hieran wäre eine Frage anzuknüpfen, die nicht nur der juristischen, sondern auch der öffentlichen Diskussion bedarf: Wie ist das neue SGB II rechtssystematisch in Bezug auf das alte BSHG einzuordnen? Wenn es denn, wie vollmundig von der Regierung behauptet, ehemalige SozialhilfeempfängerInnen besser stellen soll, würde dies doch auch für die Angemessenheit der Wohnung gelten. Und das wiederum würde bedeuten, dass die alte, auf das BSHG bezogene Praxis nach oben, und nicht nach unten zu korrigieren wäre. Als Ziel des SGB II ist formuliert, dass die Erwerbslosen ihren Lebensunterhalt aus

eigen Mitteln und Kräften bestreiten können - was meint, sie in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Und wenn dabei gefordert wird, sie müssten alle Möglichkeiten zur Beseitigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen, so ist damit nicht gemeint, dass sie ihre Mietkosten senken müssten, sondern eben "zumutbare" Arbeitsverhältnisse einzugehen sind.

Die Frage der "Angemessenheit" wäre also ähnlich zu diskutieren wie beim "angemessenen" KFZ. In dieser Frage hat das SG Aurich jüngst entschieden, dass ist "in aller Regel ein Mittelklassefahrzeug, das bereits definitionsgemäß nicht als Luxusgegenstand eingestuft" werden könne, als angemessen zu gelten hat. Auf die Wohnung übertragen würde dies bedeuten, dass ein durchschnittlicher Lebensstandard auch bei der Wohnung als "angemessen" zu gelten hat, und dies in Abgrenzung zu dem, was man als Luxuswohnung einstufen könnte.

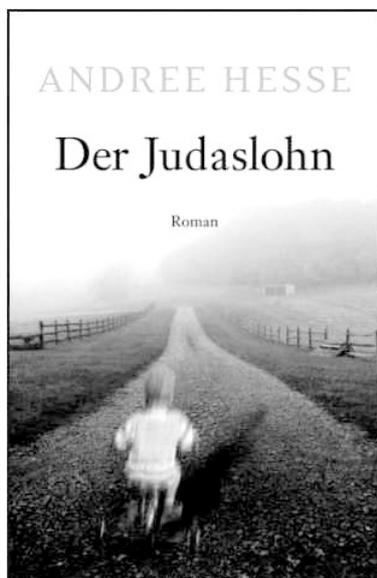
Die Rechtsprechung über die hier angesprochenen Fragen ist mit dem neuen SGB II von den Verwaltungsgerichten auf die Sozialgerichte übergegangen. Diese müssen erst eine neue Linie finden. Sie werden dies auch vor dem Hintergrund einer öffentlichen Diskussion tun.

Urteile: BVerwG Leipzig vom 31. August 2004 Az.: 5 C 8.04; OVG Lüneburg vom 25.10.2001 Az.: 4 MB 1798/01; OVG Lüneburg vom 22.01.2004 Az.: OVG 12 LB 454/02; OVG Lüneburg vom 28.07.2004 Az.: 4 LC 386/03



Ein "Tatort" aus Meißendorf

Der Judaslohn



Wer den Auftrag bekommen würde, ein "Tatort"-Drehbuch für einen Celler Kommissar zu schreiben, würde dieses mit all den Ingredienzien würzen, die Andree Hesse in seinem Krimi "Der Judaslohn" mixt: alte und neue Nazis, alte und neue Schuld, Distanz und Nähe zu dem, was "Heimat" heißt. Und der bei Celle aufgewachsene, heute in Berlin lebende Autor kennt die Stadt, die Region und ihre

Menschen - und es gelingt ihm, sie kenntlich zu machen. Herausgekommen ist ein flüssig geschriebener Krimi, bei dem es Leserinnen und Lesern aus eben dem Celler Land nicht schwer fällt, den Stoff gewissermaßen als "Film" zu lesen.

Arno Hennings heißt der "Sheriff", dem kurz nachdem er aus Berlin in seine alte "Heimat" zurückgekehrt ist, die Untersuchung eines Todesfalls auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne übertragen wird. Ein junger britischer Soldat ist während eines vorbereitenden Manövers für den Irakkrieg erschlagen worden. Der Täter kam von außen, weshalb die deutsche Polizei eingeschaltet wird. Hennings macht sich zunächst gemeinsam mit der britischen Sergeantin Emma Fuller an den Fall. Schnell haben sie als Tatwaffe einen Maulbeerbaumast ausgemacht, auf dem sich auch ein Fingerabdruck findet. Doch ein Motiv lässt sich nicht ausmachen. Für ein politisches Motiv, das die toughe Britin vermutet, scheint Hennings der wahrscheinliche Tathergang zu zufällig. Und nachdem sie zunächst einen in einem Teich versenkten Mercedes und wenig später auf dem Truppenübungsplatz eine zweite Leiche finden, konzentrieren sich die Recherchen auf "Eichendorf" (= Meißendorf). In diesem kleinen Dorf am Rande des Truppenübungsplatzes hat das Opfer, ein großspuriger Bauernsohn und gescheiterter Autohändler gelebt; und - so will es der Zufall - der ermittelnde Hauptkommissar hat seine Kindheit hier verbracht, bevor er mit 12 Jahren mit seinen Eltern nach Celle gezogen war. Hennings kennt das Opfer und viele Menschen aus seinem Umfeld; doch es sind 30 Jahre vergangen, seit man gemeinsam die Schulbank gedrückt und auf dem Fußballfeld dem Ball hinterher gejagt ist.

den. Mysteriös ist vor allem der Tatort: Warum schleppte man ihn in den Keller eines jener großen Bauerhöfe, die für den Bau des Truppenübungsplatzes in den 1930er Jahren von den Nazis geräumt wurden? Weist das Motiv in eine kaum noch bekannte Vorgeschichte?

Doch zunächst konzentrieren sich die Ermittlungen auf das "braune" Umfeld des Ermordeten. In "Eichendorf" betreibt ein ehemaliger NVA-Offizier eine Kneipe, die zum Treffpunkt für Neonazis geworden ist. Unter dem Deckmäntelchen des Naturschutzes hat der Kneipier mit dem sicher nicht zufällig gewählten Namen Köhler zusammen mit dem Mordopfer über dessen polnische Kontakte einen militärisch geeigneten Fuhrpark zusammengekauft. Hennings trifft im Dorf zwar nur auf ablehnende Stimmen, aber der umtriebige Wirt ist nicht nur Sportvereinsvorsitzender, sondern auch in den Kreistag gewählt worden. Hennings und sein Partner Müller setzen die Neonazis ordentlich unter Druck, Motive scheint es auch zu geben. Irritierend bleibt aber der Tatort, der in seiner Symbolik in den Nationalsozialismus verweist. Das Ermittlerteam stößt auf Geschichten von Widerstand und Verrat - nur was hat die "Vertreibung" der Bauern von den auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes gelegenen Dörfern mit dem Tod eines britischen Soldaten und des Toten aus "Eichendorf" zu tun?

Hesse schafft es, alle Fäden spannungsreich zu entwickeln - und in einem tragischen Finale das verwickelte Motivgewirr aufzulösen. Er lässt seinen Kommissar eintauchen in die Geschichte einer Region, die zu Teilen auch seine eigene ist. Dass dieser Arno Hennings, der einen schrottreifen Volvo fährt und Musik der 70er Jahre hört (Roy Buchanan!), sich im "gemütlichen" Celle wohler fühlt als in der "Hektik" der Hauptstadt, mag für die Hier-Geblienen und Hierher-Verschlagenen tröstlich sein. Und selbstverständlich ist es ein besonderes Lesevergnügen, die Orte und Landschaften zu kennen, die Hesse atmosphärisch genau schildert.

Man könnte sich fast wünschen, Hennings bei der Arbeit an einem weiteren Fall zu begleiten. Aber es dürfte schwer werden. Denn der Krimi hat eine Schwäche: Hesse hat kaum etwas ausgelassen, was es an gängigen Mustern gibt, um die Handlung zu verwickeln - und das manchmal hart an der Grenze des Klischees. Vielleicht jedoch kann uns der Autor überraschen. Bei seinem Kommissar ließe sich vielleicht noch eine Seite aufschlagen, die man unsympathisch findet - und letztlich gibt's auch in Celle mehr als "Heimat" und alte und neue Nazis.

Hesse, Andree (2005): Der Judaslohn. Roman. Reinbek (Rowohlt). 416 S., 19,90 Euro.

Das Opfer, Knut Harms, ist regelrecht hingerichtet wor-

"Wir wollten uns engagieren und etwas Gutes tun."

JOSA-Benefiz

Unter dem Projektnamen JOSA laufen seit einigen Monaten im Bunten Haus Benefiz-Konzerte. revista interviewte jetzt mit Robert einen der "Macher".

Wie viele Konzerte habt Ihr bisher veranstaltet? Wie ist die Resonanz der BesucherInnen?

Am 9.7. findet das sechste Josa Benefizkonzert statt und durchschnittlich kommen immer 220 Leute. Von den Besuchern kommt meist nur positives, aber vielleicht verschweigen sie den Rest.

Für welche Projekte habt Ihr bisher gespendet? Kannst Du eine ungefähre Summe nennen?

Die Einnahmen vom ersten, welches am 30. Oktober 2003 war, gingen an Unicef, ca. 1300, mit der Bitte es für die Straßenkinder im Irak zu verwenden. Beim zweiten waren es ca. 900 für Schüler helfen Leben und beim dritten ca. 700 an Alodo und 495 an das Bunte Haus. Die Summen kommen so zustande, da Josa die Getränkerechte abgegeben hat und das Bunte Haus die Theke selbst gemacht hat, lediglich der Eintritt ging an Alodo. Beim vierten konnte Activ in Botosani zirka 1500 gespendet werden und die Gelder (950) vom FridgeStock, das Josa für FridgeLight ausrichtete gingen ans Bunte Haus. 770 vom fünften Benefiz-Konzert gingen wieder an Alodo, der Dringlichkeit wegen. Einzelheiten, Fragen etc. können gerne an mich gestellt werden unter rob.bie@gmx.net.

Melden sich die Bands bei Euch oder sprecht Ihr für bestimmte Veranstaltungen Bands an? Wie sind die Konditionen, zu denen die dann hier in Celle spielen?

Beim ersten haben wir natürlich rumfragen müssen, aber ab dem zweiten meldeten sich dann auch Bands von alleine,

so bekommen wir auch schon Demos. Wenn uns wer gut gefällt, fragen wir einfach, doch sehen wir davon ab, Bands spielen zu lassen, die man noch nicht gehört hat, da es einmal sehr Schief gegangen ist. Vom Bunten Haus aus gibt es die Vorlage, keine Gage, wenn, dann nur Fahrtkostenerstattung. Außerdem sind es ja Benefizveranstaltungen und wir alle arbeiten nur für den guten Zweck.

Ohne anderen dabei auf die Füße treten zu wollen: Mit welcher Band lief's am besten? Und allgemeiner gefragt: An welchen Punkten können MusikerInnen den Veranstalter zur Verzweigung bringen?

Die Gruppe war sich einig, dass es am aller besten mit Anti Art 2.4 lief. Es war die erste Band, die uns eine Demo-CD hat zukommen lassen, die darüber hinaus mit soviel Liebe gemacht war. Sie sind zurückhaltend, nett, mit allem zufrieden und benutzen tolle Ausdrücke. Eine andere hingegen, wir möchten keine Namen nennen, lassen den Zeitplan drei Mal umschreiben, wiederum eine andere gibt an Freunde das Backstagebier raus und eine vergisst mal eben das komplette Schlagzeug.

Wie ist die Kooperation mit dem Bunten Haus?

Insgesamt sehr gut, klar treten manchmal Schwierigkeiten auf. Doch möchten wir an dieser Stelle nochmal Daniel und Lukas herzlich danken, die bei fast jedem Konzert dabei waren, sich um die Anlage kümmerten und gemischt haben, wie alle Helfer, ehrenamtlich.

Wie viele Leute seid Ihr in der Gruppe und wo leitet sich das Interesse an diesem Projekt her?

Wir sind zur Zeit 11 Leute. Wir wollten uns engagieren und, es hört sich plump an, etwas gutes tun. Josa soll für den guten Zweck stehen, eine günstige Partygelegenheit sein und Musikern Auftrittsmöglichkeiten bieten. (Die Leute, die immer

"Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken"



Zur Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik

Angesichts des verheerenden Zustands der linken Bewegung hierzulande, schien der ab den neunziger Jahren aufkommende antideutsche Diskurs zweierlei miteinander zu verbinden: Selbstkritik der oftmals nationalistischen und populistischen

Linken auf der einen und eine Schärfung der Kritik des Bestehenden auf der anderen Seite. Nichts von dem trat ein, vielmehr steht die antideutsche Linke für einen affirmative turn innerhalb der Linken generell. Eine radikale Kritik der herrschenden Verhältnisse wird nicht umhinkommen, das antideutsche Phänomen als Teil des Mainstreams im sektenhaften Gewand zu erkennen.

Gerhard Hanloser: "Sie waren die Antideutschesten der deutschen Linke", Unrast-Verlag, Münster, ISBN 3897714329

versuchen im Bunten Haus den Eintrittspreis herunter zu handeln sollten sich was schämen.)

Was sind Eure weiteren Planungen? Ist JOSA eigentlich - wie so vieles andere in Celle - in seiner Laufzeit an Abiturtermine gebunden?

Josa ist politisch unabhängig und jeder kann mitmachen. Obwohl wir bis jetzt nur Rockkonzerte veranstaltet haben, wollten wir uns von Anfang an auch in andere Richtungen engagieren, was demnächst in Gang kommen soll. Unter anderem wird der seit letztem Konzert gestartete Josa-Fond mit der Zeit wachsen, sodass das Geld, was vor den Veranstaltungen benötigt wird, nicht mehr privat vorgestreckt werden muss, die Musikanlage erweitern und Künstlern, nicht nur Musikern, sondern z.B. auch Autoren, finanzielle Unterstützung gegeben werden kann, sei es in Form einer Spende an die oder, dass die es innerhalb einer Zeit zurückzahlen. So können Musiker

unabhängig bleiben und ihr "Ding" machen, also eine CD produzieren. Ich habe auch schon mit Bands darüber gesprochen und die waren von der Sache sehr begeistert. Durch das Abitur haben wir eigentlich keine Probleme. Zwar haben manchmal welche weniger Zeit, aber das gleicht sich dann aus. Sowieso machen Manche mehr, manche weniger. Meistens macht Lena die Flyer, jemand tätigt die Überweisung, ich kümmere mich überwiegend um die Bands und nächstes mal auch um die Pressemitteilungen und Malte oder Johanna organisiert die Getränke. Dann haben wir noch 10 bis 20 Helfer, die Kasse oder Theke an den jeweiligen Abende machen. Danke an diese. Und nicht alle sind Schüler. Einer leistet gerade seinen Zivildienst, der andere macht ein Praktikum.

Und -last not least: Hast Du Lust, die Bedeutung des Projektnamens mal zu lüften?

Nein.

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

03. Juni: "Der Tango der Rashevskis"

Frankreich / Belgien / Luxemburg 2003, 100 Minuten

Anlässlich des Todes der Mutter, die im KZ ihren Glauben verloren hatte, kommt eine liberale französisch-jüdische Familie zusammen. Über der Frage, wie sie beerdigt werden soll, geraten praktizierende und nicht praktizierende Juden aneinander - wobei sie die Liebe zum Tango stets zusammenhält. Wir zeigen den Film in Zusammenarbeit mit der christlich-jüdischen Gesellschaft.

17. Juni: "2046"

Hongkong / Frankreich 2004, 129 Minuten

Im Hongkong des Jahres 1966 kommt der Schriftsteller Chaw nicht über den Verlust seiner Geliebten hinweg und stürzt sich in gleich drei Affären mit einer rätselhaften Schönen, einer Prostituierten, die ihn liebt und der Tochter des Hotelmanagers. Während er sich im Hotelzimmer mit der Nummer 2046 in das Schreiben seines futuristischen Romans vertieft, verschwimmen Erinnerung, Fantasie und Realität.

24. Juni: "Schöne Frauen"

Deutschland 2003, 87 Minuten

Fünf Schauspielerinnen finden sich zum Casting für einen Film ein. Sie schweigen, taxieren sich. Das Casting allerdings findet einfach nicht statt. Also gehen die Schönen essen. Und

plaudern. Und im Laufe der Nacht offenbaren sich allmählich die Sehnsüchte, Hoffnungen, Ängste und Traumata unserer Heldinnen...

Anschließend zeigen wir den Kurzfilm „JAGDSAISON“ von und mit Achteinhalb-Vereinsmitglied Ronald Schober (ehemals Schloßtheater).

01. Juli: "Kammerflimmern"

Deutschland 2003, 101 Minuten

Seit dem Unfalltod seiner Eltern lebt der junge Sanitäter Crash nach der eigenwilligen Maxime "Wenn einem im Leben nichts mehr bleibt, kann man nur noch zwei Dinge tun: Einatmen und Ausatmen!" Von seinen Mitmenschen und sich selbst erwartet er nichts. Bei einem seiner nächtlichen Einsätze wird er durch die Begegnung mit einer hochschwangeren Frau aus seiner emotionalen Lethargie gerissen. Zum ersten Mal keimt in Crash das Gefühl auf, dass auch sein eigenes Leben Sinn hat.

08. + 09. Juli: "Million Dollar Baby"

USA 2004, 133 Minuten

Die Geschichte um die junge Boxerin und den alten Manager-Knochen, die sich für den Erfolg zusammen raufen, ist der bislang beste Film in Clint Eastwoods Spätwerk.

15. Juli: "Verschwörung im Berlin-Express"

Schweden 2003, 100 Minuten

Dezember 1945. Der verhinderte Schriftsteller und Wittgenstein-Verehrer Gunnar will im vom Zweiten Weltkrieg zerstörten Europa Gutes tun: Mit dem Zug macht er sich nach Berlin auf - und erlebt auf der Fahrt eine nicht für möglich gehaltene Verkettung von Unfällen und absurden Zufällen.

"Wenn Paul Spiegel ausgerechnet dem jetzigen Papst [Johannes Paul II.] unterstellt, er hätte mit seiner Auflistung von früheren und gegenwärtigen Menschheitsverbrechen den Holocaust relativiert oder sogar beschönigt, dann kann man über solche arroganten und offensichtlich ideologischen Töne ja nur staunen."

Dechant Hermann Spicker
in der CZ vom 26.03.2005

"Es macht mich stolz, dass ein Deutscher Papst geworden ist."

Klaus Wiswe, Landrat,
in der CZ vom 21.04.2005

"Ich fühle mich nicht als Kriegsminister, sondern als Friedensminister, der Deutschland vertritt."

Peter Struck beim Unterbezirksparteitag der SPD in Unterlüß,
Celler Kurier vom 20.04.2005

"Mein Problem ist, dass ich nicht Nein sagen kann. Wenn mich jemand anruft und will, dass ich einen saufen komm, dann mach ich das."

Prinz Ernst August von Hannover,
CZ 25.04.2005

"Wer sich wie Herr Hedrich jahrelang in der sozialen Hängematte gesonnt hat, hat doch keine Ahnung mehr, wie es im wirklichen Leben zugeht."

Susanne Führer, CDU, die sich anstelle des von ihr kritisierten MdB künftig im Bundestag sonnen will,
CZ 28.05.2005

"Die Arbeitgeber können sich mit den Gewerkschaften zusammensetzen und den 1. Mai abschaffen. Wir halten doch alle so viel davon, dass wir nun endlich mal die Entnazifizierung vornehmen wollen - und der 1. Mai ist seit den Nationalsozialisten Feiertag in Deutschland."

Klaus-Jürgen Hedrich, CDU-MdB (Celle/Uelzen), Celler Kurier, 22.05.2005

"Alle demokratischen Parteien müssen untereinander koalitionsfähig sein. Die PDS und auch der Haufen um Lafontaine kommen für eine Koalition allerdings nicht in Frage."

Bundesinnenminister Otto Schily
am 02.06.2005 in Bild

TERMINE

Fr. 10.06.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle

Brent Moyer, In Nashville gehört Brent Moyer seit Langem zu den heißen Insidertipps, hierzulande ist er noch immer ein Geheimtipp,...

Eintritt: 9,90 / 12,00

Sa. 11.06.2005, 21:00 Uhr

CD-Kaserne Celle

Independent Rock Circus mit Live Act "Palace"

Für alle, denen Scheeßel zu teuer oder Southside zu weit ist: Auch in Celle wird gerockt! - Der Independent Rock Circus!

Do. 16.06.2005, 19:00 Uhr

UJZ Kornstraße, Hannover

Antifa-Info-Abend

Am 18. Juni 2005 wollen NPD und militante "Kameradschaften" einen Aufmarsch durch Braunschweig durchführen. Das Braunschweiger Bündnis gegen Rechts ruft dazu auf, den Nazis am 18. Juni nicht die Straße zu überlassen, sondern mit vielfältigen Aktionen und Protestformen dem Nazi-Aufmarsch entgegen zu treten.

Sa. 18.06.2005, 21:00 Uhr

Buntes Haus, Celle

DekaDance mit Elektro Bredefeld, Stereo Paul, Trauma, VinylDestination, BillyYards, Lukas

Eintritt: 4,00

Sa. 18.06.2005, 20:00 Uhr

UJZ Kornstraße, Hannover

Rockonride Vol.1,

Das Festival auf zwei Ebenen: Oben spielen: Feverdream: Experimental Emo-Core aus Rotterdam, NL; Confusion Sucks: Garagenrock mit Tasten und Saxophon, Ideal meets NoMeansNo. Tephra: Noise (oder Noise-Rock) aus Braunschweig und Clara Motors: Indie-Rock aus Hannover und unten legen die Leute von "Good old New" auf. Ihr erinnert euch!!

So. 19.06.2005, 10:00 - 18:00 Uhr

UJZ Kornstraße, Hannover

The Shockers + Evil Beaver

Nach drei US-Touren, kommt die Band um Sängerin Jennifer Finch zum ersten mal nach Europa. Am Sound hat sich gegenüber ihrer früheren Band L7(!) nicht wirklich viel geändert. Dreckiger Rock mit ner Prieße Punk. Dazu schön zynische Texte.

So. 19.06.2005, 10:00 - 18:00 Uhr

Findelhof, Bockelskamp

Flohmarkt

Mo. 20.06.2005

UJZ Kornstraße, Hannover

Informationsveranstaltung zu Algerien mit dem Journalisten und Buchautor Bernhard Schmid aus Paris

TERMINE

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde Algerien von einem blutigen Bürgerkrieg erschüttert, der 150.000 bis 200.000 Menschen das Leben kostete. Gleichzeitig wurden, im Windschatten des Konflikts, erste Maßnahmen zur Zerschlagung des bisherigen (staats)sozialistischen Projekts eines autozentrierten Entwicklungsmodells, das die ehemalige Kolonie aus der strukturellen Unterentwicklung herausführen und von den hochindustrialisierten Ländern unabhängiger machen sollte, durchgeführt.

24.06. - 08.07.2005

Buntes Haus, Celle
Grafitti-Ausstellung unter dem Motto: XXIX-Cellkern
In der Ausstellung werden Leinwände, Photos, Videoinstallationen, Diaprojektionen, Collagen auf Papier zu sehen sein, sowie einige Bereiche der Ausstellungsfläche, die im Vorfeld direkt vor Ort entstehen sollen

Fr. 24.06.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Pierrot Lunaire
Hartlebens hartnäckiges Nachleben
Gemeinsam mit Schriftstellern wie Arno Holz und den Brüdern Hart rebellierte...
Eintritt: 15,00

Sa. 25.06.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Bernhard Hoecker
"Hoëcker, Sie sind raus!" - Mit diesem Spruch ist er berühmt geworden...
Und bekannt aus Comedy-Shows,...
Eintritt: 19,00

Sa. 25.06.2005, 20:30 Uhr

Kaleidoskop, Bockelskamp
Kabarett: Arnulf Rating
"Hochgeschwindigkeitskabarett von heute, aber im Ton wie auf dem Rummelplatz der Sponti-Clowns von damals. Der Mitbegründer der "3 Tornados" hat mit dem erfrischenden Anarchismus aus den siebziger Jahren im Neuen Jahrtausend künstlerischen Mehrwert geschaffen." (Aus der Begründung der Jury zum Deutschen Kleinkunstpreis 2003)
"Rating beherrscht die Kunst der groben

Worte mit intellektuellem Schliff..."
(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Sa. 02.07.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Waltraud & Mariechen
Allmächdnaa - die Franken
Fränkisch frech und herrlich blöd!!
Wer kennt Sie mittlerweile nicht, die beiden aufsteigenden Frankensterne am Kabarettthimmel... (z. B. die revista-Leute!)
Eintritt: 18.00 / 20,00

So. 03.07. 2005, 14.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen. Führung durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

So. 17.07. 2005, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
"Farwas a jiddischer Zeitung?"
Unzer Sztyme, die erste Zeitung im DP-Lager Bergen-Belsen. Vortrag von Nicola Schlichting. Veranstaltung in Kooperation mit dem Nürnberger Institut für NS-Geschichte

Kaum zu glauben, aber wahr,
Der Gepunkt wird bald 50 Jahr,
Auch als >Eimer< ist er weltbekannt,
Rudert und fährt durch Stadt und Land,
Sein Gesang, da sind wir ganz offen,
Wird nur durch sein Zocken übertroffen,
Heut' stehst Du in der Zeitung drin,
Wo Du oft zweifelst an dem Sinn.
Drum stell' schon mal die Biere kalt.
Snack-Packs, Akkordeon und dann bis bald.

Wir bedanken uns beim Team vom AKH.



Anzeige

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 4. Montag im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mittwoch ab 19 Uhr

Antifa-Cafe :

jeden 1. Mittwoch im Monat
19.00 Uhr

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen
mit dem ALG II
jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Dienstag im Monat
20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. und 4. Dienstag
im Monat
20.00 Uhr